Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 4) Nr. 2265.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 86. **Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 21. Februar** **1906.**

Einigungsbestrebungen.

Ein Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung ist am Sonnabend und Sonntag in Berlin abgehalten worden. Die Freisinnige Vereinigung ist organisiert im „Wahlverein der Liberalen". Bisher waren die Generalversammlungen des Wahlvereins zwangslose Zusammenkünfte, an denen besonders zahlreich die am Orte der Tagung wohnenden Mitglieder teilnahmen. Diesmal fand die Versammlung in der Form eines Delegiertentages statt, an dem aber mit beratender Stimme auch alle Mitglieder des Wahlvereins der Liberalen teilnehmen konnten. Bekanntlich gehören zum Wahlverein der Liberalen auch ehemals nationalsoziale Elemente unter der Führung der Herren Naumann und v. Gerlach, die mit den Anhängern der Freisinnigen Vereinigung sich nicht immer in vollem Einvernehmen befinden.

Die Delegiertenversammlung hat eine Resolution angenommen, in der Grundsätze für eine „programmatische Einigung des gesamten Liberalismus" aufgestellt werden. Der Vorsitzende des Delegiertentages, Abg. Schrader, teilte in der Begrüßungsansprache mit, daß „angesehene Abgeordnete der beiden freisinnigen Parteien und der Süddeutschen Volkspartei" diese Grundsätze aufgestellt hätten, der Vorstand habe sie geprüft und sei der Meinung, daß sie eine gute Grundlage für ein gemeinsames Handeln der Liberalen bieten. Der Vorstand habe beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, diese Grundsätze in Form einer Resolution zu genehmigen. Nach dem offiziellen Bericht haben in der Generaldiskussion alle Redner die Annahme der Einigungsresolution empfohlen, und deren Annahme ist einstimmig erfolgt.

Was zunächst die Frage anlangt, wieweit das Vorgehen der Freisinnigen Vereinigung von den anderen liberalen Parteien unterstützt wird, so ist die Annahme unzutreffend, daß es sich um Vereinbarungen zwischen den zur Vertretung der Parteien berufenen Organisationen handelt. Weder der Zentralausschuß, noch der Geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei, noch die parlamentarische Vertretung der Partei im Reichstage und im Landtage sind an den Verhandlungen zur Herbeiführung einer programmatischen Einigung des gesamten Liberalismus beteiligt. Die Darstellung eines Berliner Blattes, daß Delegierte aller drei freisinnigen Gruppen zusammengetroffen wären, um die Plattform festzustellen, auf der zunächst der entschiedene Liberalismus gemeinsame Operationen vornehmen werde, ist unzutreffend, jedenfalls soweit es sich um die Freisinnige Volkspartei handelt. Von dieser Seite ist niemand „delegiert" worden, an solchen Verhandlungen teilzunehmen. Ob einzelne Abgeordnete an der Aufstellung der Grundsätze mitgearbeitet haben, ist uns nicht bekannt; es würde aber sicherlich verfehlt sein, aus einer etwaigen Teilnahme einzelner Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei einen Schluß auf die Haltung der Gesamtpartei zu ziehen.

Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat im vorigen Jahre einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Bedeutung der Bestrebungen gewürdigt wird, den Einfluß des Liberalismus durch möglichste Zusammenfassung der wirklich liberalen Elemente im Lande zu stärken, gleichzeitig aber ausgesprochen wird, daß die politische Selbständigkeit der Partei nach Maßgabe der im Eisenacher Programm niedergelegten Grundsätze zu wahren ist. Ebenso hat der im Herbst vorigen Jahres in Frankfurt a. M. abgehaltene Parteitag der Süddeutschen Volkspartei in einem Beschluß der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Zusammenfassung der wirklich liberalen Elemente im Lande unter Wahrung der politischen Selbständigkeit der einzelnen Richtungen zu erfolgen hat. Nach Lage der Sache kann es sich bei dieser Aufstellung von „Grundsätzen" für eine „programmatische Einigung" des Liberalismus nur um einen Monolog der Freisinnigen Vereinigung handeln.

Was die vom Delegiertentag beschlossenen Einigungsgrundsätze selbst anlangt, so stellen sie eine Zusammenfassung liberaler Anschauungen dar, ohne jedoch eine klare Stellungnahme zu den tatsächlich vorhandenen Streitfragen zum Ausdruck zu bringen. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den liberalen Richtungen gerade über die Hauptaufgaben der Reichspolitik in Militär-, Marine- und Kolonialfragen bestehen, werden durch das „Einigungsprogramm" gar nicht berührt; in bezug auf Heer und Flotte enthält das Programm nur allgemeine Wendungen, die nach Belieben gedeutet werden können. Für die praktische Politik ist das Einigungsprogramm des Wahlvereins der Liberalen ohne sonderliche Bedeutung. Eine programmatische Einigung des gesamten Liberalismus liegt jedenfalls noch in weitem Felde. Zu einem Zusammengehen der Liberalen von Fall zu Fall, insbesondere bei den Wahlen, wird auch die Freisinnige Volkspartei jederzeit die Hand bieten. □

*

Die „Köln. Ztg." erklärt, daß sie in der Methode, die jetzt in der Berliner Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung das Licht der Oeffentlichkeit erblickt hat, einen brauchbaren Weg zu dem ersehnten Ziele der Einigung der Liberalen nicht erblicken könne. „Man kann", so schreibt das genannte Blatt, „der unheilvollen Zersplitterung der liberalen Kräfte in unserem politischen Leben auf doppelte Weise entgegenarbeiten: organisch, indem man sich bemüht, in möglichst weitem Umfange die liberalen Gemeinsamkeiten zu pflegen und das Trennende in den Hintergrund zu rücken, indem man das liberale Bewußtsein nach rechts und links schärfer abgrenzt und nicht gleich aus jeder Meinungsverschiedenheit zwischen den liberalen Gruppen oder Persönlichkeiten eine Kabinettskrise macht, indem man die geschichtlich entstandenen Gegensätze nicht wie einen dogmatischen Kanon auf alle auftauchenden Fragen anwendet, sondern sich in realpolitischer Besonnenheit bemüht, soviel geistige Gemeinsamkeit herzustellen, daß die liberale Auffassung weder als ein Machtfaktor mit in die Wagschale fällt, oder mechanisch, indem man ein mehr oder weniger umfangreiches Zusammengehen der liberalen Parteien bei Wahlen und auch nach Möglichkeit im parlamentarischen Leben in Aussicht nimmt. Beide Wege sind nützlich und erspriießlich, aber mit der jetzt in Berlin bekanntgegebenen Methode scheint uns weder der eine noch der andere Weg eingeschlagen zu sein. Der organische nicht, denn die Abfassung einer Reihe so scharf formulierter Grundsätze, wie sie in der Berliner Versammlung veröffentlicht worden sind, kann höchstens den Abschluß, aber nicht den Beginn eines parteipolitischen Konzentrationsprozesses darstellen, und sie hat hier denn auch zu Sätzen geführt, denen man kaum nachsagen kann, daß sie das gemeinsame Gut des deutschen Liberalismus darstellen. Wir denken wenigstens, man kann ein gut liberaler Mann sein und doch der Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten oder der schrittweisen Abschaffung der Zölle auf notwendige Lebensmittel und Rohstoffe entschieden widerstreben. Auch für die mehr mechanische Förderung der Einigungsbestrebungen im Liberalismus scheint es uns nicht gerade förderlich zu sein, wenn Männer aus den drei kleineren liberalen Gruppen ohne irgend welche Fühlungnahme mit der nationalliberalen Partei ein Programm des Gesamtliberalismus entwerfen, wenn sie die größte parteipolitische Vertretung des Liberalismus von ihren Bestrebungen ausschließen und sich damit zu diesen Bestrebungen notwendigerweise in einen Gegensatz bringen. Wir meinen, die erstrebte Einigung des Liberalismus wird mit den Kräften, welche die nationalliberale Partei stellt, sein, oder sie wird überhaupt nicht sein. Aus diesen Gründen können wir in den Berliner Beschlüssen statt einer Förderung leider nur eine Hemmung des schönen Gedankens der liberalen Einigung erblicken."

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Das Linienschiff „Preußen" mit dem Kaiser an Bord ist gestern um 12 Uhr in den Kieler Hafen eingelaufen.

— Gleich nach der Ankunft im Hafen empfing der Kaiser den Prinzen Heinrich und nahm sodann Meldungen entgegen. Später begab sich der Kaiser mit dem Verkehrsboote „Hulda" nach der Kaiserlichen Werft und kehrte um 1¼ Uhr an Bord der „Preußen" zurück.

— Herzog Georg von Sachsen-Meiningen, der am 2. April d. J. sein 80. Lebensjahr vollendet, ist zurzeit der älteste regierende Fürst. Nächst ihm begehen im laufenden Jahre noch weiter den 80. Geburtstag der Großherzog von Baden (am 9. September) und der Herzog Ernst von S.-Altenburg (am 16. September).

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Vom südlichen Kriegsschauplatze in Deutsch-Südwestafrika wird gemeldet: Am 14. Februar früh erschienen etwa 200 Hottentotten am Ausgange der Norechab-Schlucht unweit von Sandfontain. Sie hatten die Absicht, bei der Abteilung Eckert Pferde zu stehlen. Hauptmann v. Eckert kam ihnen zuvor, griff mit Teilen der 10. und 12. Kompagnie des Feldregiments Nr. 2 an und warf den Feind nach 9½ stündigem Kampfe in der Richtung auf den Ham-Fluß zurück. Von Skumbergquelle bei Kindersit war Leutnant Degenkolb mit zwei Maschinengewehren auf das Gefechtsfeld geeilt. Es gelang ihm, die abziehenden Hottentotten gegen 3 Uhr vormittags unter wirksamem Feuer zu nehmen. Der Gegner löste sich in einzelne Trupps auf und flob unter Zurücklassung von einigen Gewehren und ausgerüsteten Reitpferden in der Richtung Hartebeesmund. Von der Abteilung Eckert fielen fünf Reiter; schwer verwundet wurden ein Arzt und zwei Reiter und leicht verwundet vier Reiter.

Kundschafternachrichten besagen übereinstimmend, daß Morenga und die Westen der Bondels noch vor Hartebeesmund stehen, während sich Morris westlich von Gaybis und bei Enkis auf dem linken Ufer des Oranje-Flusses aufhalten soll. Kleinere Hottentottenkommandos bis zu 100 Berittenen durchstreifen die Gegend und beunruhigen die deutschen Vorposten. Oberst Dame war mit dem Hauptquartier am 16. d. Mts. in Kreeflust und den Großen Karasbergen eingetroffen.

Der am 5. Februar von Hamburg abgegangene Transport hat Las Palmas gesund erreicht.

*

Mit Cornelius von Bethanien, der sich, wie bereits mitgeteilt, den deutschen Behörden gestellt hat, ist einer der bedeutendsten Gegner ausgeschieden. Cornelius befand sich vom Juni bis zum September 1904 als Landeskundiger beim Stabe des Obersten Deimling und nahm am Gefecht am Waterberg und der sich anschließenden Verfolgung teil. Krankheitshalber wurde er in Epukiro entlassen. Anfang März 1905 tauchte er zum ersten Male als Führer der Nordbethanier auf und hat seitdem in unablässigen Streifzügen kreuz und quer durch die zerklüfteten Gebirge Südwestafrikas unseren Truppen viel zu schaffen gemacht. Nach der ihm beigebrachten Niederlage an der Arthurmias-Pforte am 19. Januar wurde die Verfolgung bis in die letzten Tage durch verschiedene Abteilungen unermüdlich fortgesetzt, sodaß Cornelius die Weiterführung des Kampfes wohl für aussichtslos hielt.

Parlamentarisches.

— In der Budgetkommission des Reichstages gab vor Eintritt in die Tagesordnung Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg eine Erklärung zu Protokoll, welche besagte, der Abg. Erzberger habe in der Sitzung vom 14. Februar gegen den Personalreferenten der Kolonialabteilung Geheimrat v. König den Vorwurf erhoben, in einer Reihe von Fällen bewußt unwahre Angaben gemacht zu haben. Der Abg. Erzberger habe zum Beweise dieser Behauptung einen Fall, der die Anstellung eines Sekretärs Koch betraf, angeführt. Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg wies nach, daß sich der Abg. Erzberger lediglich auf Grund einer unrichtigen Abschrift, die durch eine einfache Rückfrage bei der Kolonialabteilung oder beim Justizministerium ihre richtige Zustellung werden können, für berechtigt gehalten habe, einen Beamten durch den Vorwurf der bewußten Unwahrheit auf das schwerste in seiner Ehre zu kränken. Er müsse es dem Abg. Erzberger überlassen, aus dieser Feststellung die Konsequenzen zu ziehen. Die Kommission begann sodann die Beratung des Etats für Südwestafrika. Im Laufe der Debatte erklärte Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg, eine Ausdehnung der Verordnung über die Einziehung des Stammesvermögens der Aufständischen auf das Ovamboland sei nicht beabsichtigt. Im übrigen Schutzgebiet solle die Ueberweisung von Regierungsland an die Eingeborenen den Ausführungsbestimmungen des Gouverneurs überlassen bleiben. Die Verwaltung sei selbst daran interessiert, daß die Eingeborenen nicht zu Bettlern gemacht würden. Den Eingeborenen sollten Lokationen oder Reservate zugeteilt werden. Bei der Durchführung der Verordnung würde den Missionaren die Rolle von Eingeborenen-Anwälten zufallen. Dadurch würden ungerechtfertigte Härten vermieden werden können. Er habe zu dem Gouverneur v. Lindequist das Vertrauen, daß er die Verordnung in gerechter und wohlwollender Weise durchführen werde. Erbprinz zu Hohenlohe bemerkt weiter, daß neben den Missionaren besondere Beamte zur Vertretung der Interessen der Eingeborenen nach Art der Native Commissions in den britischen Kolonien angestellt werden sollen.

— Die Steuerkommission des Reichstags trat in ihrer gestrigen Sitzung in die Beratung des Antrages Singer, betreffend Einführung einer Reichseinkommensteuer ein. Der Antrag wurde nach längerer Debatte gegen 10 Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und Wirtschaftliche Vereinigung) abgelehnt. Hierauf begründete Abg. Wiemer eine Resolution, betreffend Reform der Branntweinsteuer. Nun bedenklichsten sei die Gestaltung der Verbrauchsabgabe wegen ihrer Verschiedenheit; dadurch entgehen 45 Millionen dem Staate. Den Hauptvorteil haben dadurch die großen landwirtschaftlichen Brennereien. Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Eine Vorlage betreffend die Maischbottichsteuer befinde sich in Vorbereitung und werde im Laufe dieses Jahres dem Reichstag vorgelegt werden. Ueber die Verbrauchsabgabe könne er vorläufig eine Vorlage nicht in Aussicht stellen. Das Jahr 1912 sei für eine gründliche Reform in Aussicht genommen. — Die Debatte wird heute (Mittwoch) fortgesetzt werden.

Handel und Industrie.

— Wie die Korrespondenz Hoffmann erfährt, ist die Bayerische Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Münster in das Handelsregister eingetragen worden. Ihr Zweck ist die Ausbeutung der Braunkohlenfelder bei Klardorf-Schwandorf durch die Förderung von Rohkohle und deren Verarbeitung in einer alsbald zu errichtenden Brikettfabrik. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Oberrentmeister Köters-Münster, Vorsitzender, Bankdirektor Schneider (Bayerische Bank für Handel und Industrie) in München, stellvertretender Vorsitzender, Oberbergrat Billarz-Berlin, Konsul Marx-Charlottenburg (Bank für Handel und Industrie in Berlin), Graf Merveldt-Münster. Die Direktion liegt in den Händen des Bergwerksdirektors Josef Geller von Kühlwetter zu Regensburg.

Kommunales.

— Nach einer soeben veröffentlichten Zusammenstellung des statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden im Januar d. J. 9656 leerstehende Wohnungen — ohne Gewerberäume — gezählt. Die Zahl der Anfang Januar leerstehenden Wohnungen hat seit dem Jahre 1901, in dem sie nur 1761 betrug, beständig zugenommen und ist also jetzt auf das 5½ fache gestiegen. Der Anteil der kleinsten Wohnungen mit nur einem Zimmer hat sich von 1899 bis 1903 stark vermindert: im Jahre 1899 betrug er noch mehr als die Hälfte. Die leerstehenden Wohnungen mit zwei Zimmern erreichten etwas über 35 Prozent. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern betrug 1906 281.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. „Stolch" ist am 18. Februar in Cadiz eingetroffen und am 20. Februar von dort nach Vigo in See gegangen. „Charlotte" ist am 19. Februar in Villagarcia in der Arosabucht eingetroffen und geht am 1. März von dort nach Rotterdam in See. „Fürst Bismarck" ist mit dem Chef des Kreuzergeschwaders am 18. Februar in Sandakan (Nord-Borneo) eingetroffen und am 20. Februar von dort nach Labuan (Nord-Borneo) in See gegangen. „Bremen" ist am 19. Februar in Cap Haitien eingetroffen und geht am 26. Februar von dort nach St. Thomas in See. „Tiger" ist am 20. Februar in Shanghai eingetroffen.

Deutscher Handelstag.

III.

In der gestrigen Schlußsitzung des Deutschen Handelstages wurde zunächst

die Tabaksteuer

behandelt. Geheimer Kommerzienrat Vogel-Chemnitz glaubte nicht, daß die Tabaksteuer die Tabakindustrie wesentlich bedrohen werde. Er glaubte auch nicht, daß ein erheblicher Verbrauchsausfall zu erwarten sei, oder ein Teil der Arbeiter der Tabakfabrikation seine Stellung verlieren werde. Die Steuervorlage könne daher nicht als übertrieben bezeichnet werden; sie belege einen Luxusartikel mit einer Steuer, die fraglos ertragen werden könne. Die bei der Zigarettenvorlage geforderten Sätze seien zu hoch; durch sie würden die Zigaretten um 30 bis 50 Proz. verteuert. Die stärkste Härte liege in der Besteuerung des Zigarettenpapiers.

Kommerzienrat Collenbusch-Dresden nahm eine ablehnende Haltung gegenüber der Steuer ein und führte aus, der Uebergang zum Monopol würde einen erheblichen Rückgang für Deutschland bedeuten. Sehr fraglich sei, ob das Reich so viel Geld aus dem Tabak schlagen könne, daß es lohnend sei, die damit verknüpften sozialen und wirtschaftlichen Schäden mit in Kauf zu nehmen. Ebenso müsse die Zigarettensteuer entschieden bekämpft werden, da die Zigarette in erheblichem Maße das Rauchmaterial der Minderbemittelten sei.

Biermann-Bremen suchte die Unmöglichkeit einer weiteren Belastung des Tabaks nachzuweisen. Rittshaupt-Mannheim bezeichnete den Rückgang des Verbrauchs als notwendige Folge der Steuer. Handelskammersekretär Hiller-Lahr gab die Erklärung ab, daß seine Kammer die Steuer ablehne. Heuer-Delmenhorst forderte dazu auf gegen die Steuer anzutreten. Geheimer Kommerzienrat Wäntig, Vorsitzender der Handelskammer Zittau, trat als einziger Diskussionsredner für den Ausschußantrag namens seiner Handelskammer ein und bemerkte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060221017/fragment/page=0001

die Fabrikation unterschätze ihre Kräfte und Fähigkeit. Schönga-Blotho bezeichnete die Steuer als eine Existenzfrage. Die Steuer annehmen hieße 10,000 Arbeiter brotlos machen und in die Arme der Sozialdemokratie treiben. Es folgte namentliche Abstimmung.

Der **Ausschußantrag** wurde mit 165 gegen 127 Stimmen **abgelehnt.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

48. Sitzung vom 20. Februar. 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Dr. Nieberding u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des **deutsch-äthiopischen Freundschafts- und Handelsvertrages.**

Abg. **Patzig** (nl.): Der Vertrag ist auf zehn Jahre geschlossen. Hoffentlich wird es nach Ablauf dieser Zeit gelingen, einen präsiseren Vertrag als den vorliegenden abzuschließen.

Hiermit schließt die erste Beratung, in der sofort darauf folgenden zweiten wird der Vertrag unverändert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des **Reichsamtes des Innern.**

Zu einer allgemeinen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Frhr. **v. Hertling** (Ztr.). Er macht darauf aufmerksam, daß er auf dem Tische des Hauses eine Anzahl von Bildern niedergelegt habe aus dem großen, mit Reichshilfe herausgegebenen Werke über die Sixtinische Kapelle. Das Werk sei jetzt vollendet, daß dies möglich geworden, sei in erster Linie dem Kaiser zu verdanken. Der Papst habe ein Exemplar des Werkes mit großem Danke angenommen, hierin dokumentiere sich wieder in erkenntlicher Weise das gute Einvernehmen zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan.

Beim Titel „Unterstützung an die Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte" hebt

Abg. **Eickhoff** (freis. Vp.) die Verdienste des verstorbenen Professors Kehrbach hervor, der seine ganze Tätigkeit in den Dienst dieser Sache gestellt habe.

Abg. **Schrader** (freis. Ver.) wünscht eine Denkschrift über das, was auf diesem Gebiete schon geschehen sei.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** dankt dem Vorredner für seine Anregung, eine Denkschrift werde in Angriff genommen werden.

Hierauf steht zur Debatte der Beitrag des Reiches zu den Kosten des **Ausbaues der Hohkönigsburg.** Es werden als sechste Rate 200,000 Mark verlangt, 100,000 Mark mehr als im Vorjahre.

Der Berichterstatter Frhr. **von Richthofen** (kons.) beantragt namens der Budgetkommission, die Position zu bewilligen.

Abg. **Lebebour** (Soz.) bittet, diese Position abzulehnen. Bei dem ganzen Bau sei mit einer Ungründlichkeit sondergleichen vorgegangen. Eigentlich müßte der Bauherr die Kosten tragen. Auf die Versicherung des Staatssekretärs, daß jetzt nichts mehr gefordert werden würde, können wir nichts geben, denn diese Versicherung ist uns schon mal gegeben worden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** bittet, die Position zu bewilligen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.) ist gegen die Bewilligung.

Abg. **v. Staudy** (kons.) erklärt, das Reich könne den Bau nicht aufgeben, es würde sich sonst vor allen Völkern blamieren. Seine Freunde würden die Position bewilligen.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.): Ich bin kein Freund des Abg. Lebebour, aber darin muß ich ihm beistimmen, daß eine Restauration des Heidelberger Schlosses durch moderne Architekten ein Akt der entsetzlichsten Barbarei wäre, der in ganz Deutschland einen Schauder erregen müßte.

Abg. **Lebebour** bleibt bei seiner Ablehnung und wundert sich, daß kein Elsäßer heute rede. Für die Elsäßer hätte die Hohkönigsburg zwar keine Bedeutung. Graf Posadowsky sagte, von maßgebender Stelle sei gesagt, es werden jetzt keine Nachforderungen mehr kommen. Das ist uns früher auch schon einmal versprochen worden und doch kommt man jetzt mit dieser weiteren Forderung. Allerdings sind wir ja gewohnt, daß in Preußen Versprechungen der Könige nicht gehalten werden. (Große Unruhe).

Präsident Graf **Ballestrem:** Diese Aeußerung widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Schlumberger** (nl.) tritt für die Bewilligung ein.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Position wird mit großer Mehrheit bewilligt. Nur beide freisinnige Parteien und die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

Eine große Reihe von Positionen werden debattelos angenommen.

Als Beitrag zu einer **Drachenstation im Bodensee** zur Erforschung der oberen Luftschicht werden 43,850 M. gefordert.

Abg. **Hug** (Ztr.) tritt für die Bewilligung dieser Position ein und macht auf die Bedeutung dieser Forschungen aufmerksam.

Für Forschungen auf dem Gebiete der **Reblausbekämpfung** sind als erste Rate 20,000 M. eingestellt worden.

Abg. **Preiß** (Ell.) verbreitet sich über die Reblausgefahr. Das rationellste Mittel der Reblausbekämpfung sei das französische und schweizerische Veredelungssystem, nach Rekonstruktion des verseuchten Geländes auf amerikanischer Grundlage.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Die technischen Fragen sind im Bundesrat von den am Weinbau interessierten Staaten aufs eingehendste beraten worden. Zuerst wollte man alle Weinberge bei Metz radikal ausrotten. Das schien doch zu bedenklich. Daher entschied man sich für eine 10 km-Zone. Die Besitzer zu entschädigen, kann gar nicht so sehr viel kosten, zumal der dort gebaute Wein keine besonders edle Sorte war. Uebrigens sind die Kosten natürlich von den beteiligten Staaten, die sich bedroht fühlen, zu tragen. Das französische Verzinsungssystem zu studieren, würde auch ich empfehlen. Doch ist es fraglich, ob das, was in Frankreich möglich war, auch bei unseren Qualitätsweinen möglich sein wird. Es ist möglich, daß durch die amerikanische Rebe gerade die Qualitäten zunächst verloren gehen. Sobald ich die geeigneten Kräfte an der Hand habe, werde ich unzweifelhaft eine Studienreise nach Frankreich unternehmen lassen. Aber bis ein besseres Mittel gefunden ist, können die Regierungen auf den Sicherheitsgürtel um Metz nicht entbehren.

Damit ist das Ordinarium erledigt.

Nunmehr lässt der Vizepräsident über die beiden, neulich eingebrachten **Resolutionen zum Gesundheitsamt** abstimmen, die damals noch nicht 3 Tage alt waren. Die Wein-Resolution (Einstellung von Kontrollbeamten im Hauptamt) wird angenommen, die Vierkrugdeckel-Resolution (Durchlöcherung des Bleigesetzes) wird abgelehnt.

Es folgt das Extraordinarium. Dies besteht in der Forderung von 5 Mill. Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter **Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte** in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs.

Abg. **Günther** (nl.) spricht im Interesse der Hausbesitzer gegen die Gewährung eines Reichszuschusses an den Bauverein in Osterode, einer Stadt von 10,500 Einwohnern.

(Schluß folgt in der Abend-Ausgabe.)

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom 20. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Beseler u. a.

Die zweite Beratung des **Justizetats** wird fortgesetzt mit der **allgemeinen Besprechung zum Titel der dauernden Ausgaben: „Ministergehalt".**

Abg. **Ballaske** (kons.) geht auf die Einstellung des Verfahrens im Plötzensee-Prozeß ein. Das ist eine Art Kapitulation der Staatsgewalt vor den sozialdemokratischen Redakteuren. Der Minister müßte darüber nähere Auskunft geben, wenn die Sache auch unter seinem Vorgänger vorgekommen ist. Redner wünscht sodann eine Besserstellung der Kanzleibeamten, verbreitet sich über die Behandlung der Zeugen und empfiehlt eine Ausdehnung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. Weiter bittet er die preußische Regierung, darauf hinzuwirken, daß die Reform der Strafprozeßordnung möglichst bald zustande kommt. Namens der konservativen Partei erklärt er sich für die Umgestaltung der Schwurgerichte in große Schöffengerichte. Namentlich für politische Prozesse hätten sich die Schwurgerichte nicht bewährt.

Abg. Dr. **Eckels** (nl.) wünscht eine baldige Durchführung der Revision des Reichsstrafgesetzes.

Abg. **Brütt** (fl.) bemerkt, die Vermehrung der Richterstellen allein könne die Verschleppung der Prozesse nicht beseitigen. Notwendig sei vor allem eine schleunige Reform der Zivilprozeßordnung.

Abg. **Pelleßohn** (fr. Vp.) bringt die Behandlung der jugendlichen Verbrecher zur Sprache. Das Verfahren gegen solche Verbrecher müsse abgeändert werden. In Amerika beständen sogenannte Jugendgerichte. Man könnte daraus eine Ausgestaltung der Amtsgerichte mit einem Verfahren für jugendliche Verbrecher einrichten, das namentlich auch vorbeugend wirkt. Redner tritt sodann für die Bewilligung von Tagegeldern an Schöffen und Geschworene ein, sowie für eine Reform der Gerichtsvollzieherordnung und Verkürzung des prozessualischen Verfahrens.

Minister **Beseler:** Der Plötzensee-Prozeß ist auch nach meiner Auffassung in höchst unbefriedigender Weise zu Ende gekommen. Die näheren Erwägungen, die zu diesem Abschlusse geführt haben, entziehen sich meiner Kenntnis. Eine Reform des Strafgesetzes halte ich auch für nötig und es sind ja schon die Vorarbeiten dafür gemacht, speziell wird auch die persönliche Ehrenkränkung ihre volle Sühne dann finden. (Beifall.) Die Strafprozeßordnung wird noch vorher reformiert werden und dabei auch hoffentlich eine bessere Behandlung der Zeugen sich erreichen lassen. Eine Vermehrung der Richterstellen strebe auch ich an, ebenso suche ich eine Beschleunigung der Prozesse zu erreichen. Es ist jetzt eine Vorarbeitung im Gange, welche zunächst bei den Amtsgerichten eine Prozeßbeschleunigung bewirken soll. Die Frage der jugendlichen Verbrecher ist eine sehr wichtige und unterliegt meiner vollen Aufmerksamkeit. Schon jetzt wird für eine vollständige Trennung der jugendlichen Gefangenen von den älteren Gefangenen gesorgt. Einer Revision der Gerichtsvollzieherordnung stehe ich sympathisch gegenüber. (Beifall.)

Abg. **Kirsch** (Ztr.) verbreitet sich über den Vorbereitungsdienst der Juristen. Diese Frage müsse endlich einmal geregelt werden. Notwendig sei es ferner, daß der Richter vom Schreibwerk möglichst entlastet wird. Mit der Herabsetzung der Gerichtskosten möge die Verwaltung weiter vorgehen.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Titel „Minister" wird bewilligt; ebenso der Rest des Kapitels Ministerium.

Beim Kapitel „Oberlandesgerichte" wünscht

Abg. Dr. **Reil** (nat.-lib.) eine Aenderung des Dienstalterstufensystems bei den Senatspräsidenten, den Oberstaatsanwälten und den Landesgerichtspräsidenten, damit sie in früheren Lebensjahren ihr Endgehalt erreichen. Ebenso erwünscht sei die Anstellung jüngerer Leute in diesen wichtigen Stellen, damit sie nicht, wenn sie wie jetzt mit 55 Jahren angestellt werden, erst mit 67 Jahren das Höchstgehalt erreichen. Der dem Präsidenten des Kammergerichts und dem Oberstaatsanwalt am Kammergericht verliehene Rang möge auf die übrigen Oberlandesgerichtspräsidenten und die Oberstaatsanwälte ausgedehnt werden, so daß der Titel Generalstaatsanwalt allen Oberstaatsanwälten zuteil wird und den Titel Oberstaatsanwalt alle bisherigen Staatsanwälte bekommen können.

Abg. Dr. **v. Campe** (nl.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Oberstaatsanwälte dem Amtsrichtertum in sehr Folge geben. Jede Beschwerde aus Beschwerde im Dienstaufsichtswege behandelt. Beklagenswert sei auch das Reglementieren unween bei den Staatsanwaltschaften. Da ist es doch kein Wunder, daß die Assessoren lieber zum Gericht als zur Staatsanwaltschaft gehen.

Abg. **Tonnrean** (Ztr.) tritt für Besserstellung der Kanzleigehilfen ein.

Abg. **Quehl** (kons.) bringt Wünsche von Militäranwärtern zur Sprache.

Abg. **Lennta** (fr. Vp.) wünscht, daß die Kanzleigehilfen nicht nach der Seitenzahl, sondern nach Dienststunden bezahlt werden.

Ein **Regierungskommissar** verspricht sorgsame Erwägung aller geäußerten Wünsche.

Abg. **Werner** (Antis.) wünscht die Abfassung einer einheitlichen Kanzleiordnung.

Abg. **Witzmann** (nl.) beklagt die Ueberlastung mancher Sekretäre und bittet um Erhöhung der Remunerationen.

Abg. Dr. **Dahlem** (Ztr.) bittet, den sich zur Sekretärprüfung vorbereitenden Beamten während der Vorbereitungszeit von Amts wegen Vertreter zu stellen.

Abg. **Barthing** (nl.) wünscht eine Vermehrung der Richterstellen beim Landgericht Wiesbaden. Abhilfe sei dringend geboten.

Abg. Frhr. **v. Wolff-Metternich** (Ztr.) wünscht Vermehrung der kleineren Amtsgerichte. Die Antwort des Regierungskommissars bleibt unverständlich.

Abg. **Cassel** (fr. Vp.) fragt an, wie es um die Neuorganisation des Berliner Gerichtswesens stehe.

Minister **Beseler** erwidert, alle Vorkehrungen seien getroffen, die Neuorganisation werde sich in Bälde durchführen lassen. Die Zahl der Gerichtsdirektoren beim Landgericht I werde um 6, beim Landgericht II um 3 vermehrt werden.

Abg. **Mathis** (nl.) fordert Dienstwohnungen und die Einführung des Dienstalterstufensystems für die Richter.

Abg. Dr. **v. Campe** (nl.) rügt den Mißbrauch, der damit getrieben wird, daß sich katholische Orden als Gesellschaften mit beschränkter Haftung gerichtlich eintragen lassen. Sogar „barmherzige Brüder" hätten sich als Gesellschaften m. b. H. eintragen lassen (Heiterkeit), daß das nicht in Ordnung sei, könne man begreifen, auch ohne Jurist zu sein. Ein Orden zur ewigen Anbetung wollte sich eintragen lassen, sein Antrag sei aber abgelehnt, man habe dann einen Titel gewählt, bei dem der Ordenscharakter vollständig verblaßt sei. Die Eintragung sei erfolgt, aber das Kammergericht habe sie für unzulässig erklärt und die Löschung im Register angeordnet. Er wolle auf die Ordensschwestern, die diesen Weg gegangen sind, keinen Stein werfen, die Schuld treffe ihre Hintermänner. Es sei ein Weg eingeschlagen, der im mathematischen Sinne der geraden Linie nicht entspricht. Es scheine, als ob hier ein planmäßiges Vorgehen vorliegt. Sei doch in der bischöflichen Druckerei zu Straßburg ein **Normalstatut für Handelsgesellschaften der Religiösen** erschienen! Er bitte den Minister um Auskunft, ob mehrere derartige Fälle bekannt sind, ob also die Befürchtung wahr ist, daß hier ein planmäßiges Vorgehen vorliegt. Gerade jetzt, wo das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bevorsteht, müsse die Regierung doppelt vorsichtig sein; sonst könnte es dahin kommen, daß **12 Jesuiten** — (Lachen im Ztr.). Gewiß, so gut man eine religiöse Gesellschaft als Handelsgesellschaft betrachtet, könnte man auch dahin kommen, daß ein Verein von 12 Jesuiten sich **als Berufsverein eintragen** läßt. Der Reichstag würde dann vielleicht ein klerikales Kuckucksei ausbrüten, aus dessen Eierschalen nachher der Jesuitenorden herauskommt. Der Buchhandel des Gesetzes dürfe nicht über den Geist siegen. (Beifall bei den Nationall. Unruhe im Zentrum).

Vizepräsident Dr. **Porsch:** Die Herren werden es verstanden haben, daß gerade ich den Vorredner nicht unterbrochen habe bei seinen Ausführungen, die größtenteils nicht zur Sache gehörten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nunmehr muß ich aber bitten, daß die Herren, die diese Diskussion fortsetzen wollen, das beim Kultusetat tun mögen. Ich werde fortfältig darauf achten, daß nur über Landgerichte und Amtsgerichte gesprochen wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Tonnrean** (Zentr.): Ich bedauere es, daß ein Herr beim Justizetat ein kleines Stück Kulturkampf predigt. (Lebhafte Zustimmung im Zentr.).

Vizepräsident Dr. **Porsch:** Die Sache ist bereits erledigt.

Abg. **Tonnrean** (Ztr.) bittet sodann, daß auf die Konfession der Zeugen insofern Rücksicht genommen wird, als katholische Mitbürger nicht an katholischen Feiertagen vor Gericht zu erscheinen brauchen.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß eine Verfügung des Ministers im Sinne der Anregung des Vorredners bereits seit 1850 besteht.

Abg. **Witzmann** (nl.) befürwortet eine Entlastung der Richter von unnötigem Schreibwerk.

Abg. **Schiffer** (nl.) tritt dafür ein, daß die Konzentration der Amtsanwaltschaft, wie sie für Berlin vorgesehen ist, auch für andere große Amtsgerichte eingeführt werde. Redner will das Amtsgericht mit den zu ihm gehörenden Behörden selbständiger machen, weil so allein die Grundlage einer wahrhaft volkstümlichen Rechtspflege gewonnen werden könne.

Ein **Regierungskommissar** erklärt, der Wunsch des Vorredners solle erfüllt werden. Die gleiche Einrichtung wie für Berlin sei auch für die Amtsanwaltschaften anderer größerer Städte in Aussicht genommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung und Etat der Bauverwaltung.

(Schluß 4¼ Uhr.)

Ausland.

Die Marokko-Konferenz.

Graf Tattenbach empfing in Algeciras einen Berichterstatter der „Tribuna", der ihn bat, über die von Frankreich auf die Note Deutschlands gegebene Antwort zu sprechen. Tattenbach antwortete, auf alle Fälle handle es sich durchaus nicht um eine Note, sondern um einen einfachen Ideenaustausch, um das, was man in der Diplomatie Verbalnote nennt. „Ich habe Sie", fuhr Tattenbach sehr ernst fort, „sehr gern empfangen, weil ich Ihre Zeitung kenne und achte; aber ich bitte Sie, mich nicht über die gegenwärtige Phase der Verhandlungen zu fragen. Die Frage ist so wichtig und so delikat, daß die geringste Indiskretion schlimme Folgen haben kann. Sie können sich gar keine Vorstellung machen von dem Unheil, das bei dieser Gelegenheit die sogn. Indiskretionen angerichtet haben." „Können Sie mir nicht wenigstens Ihre Meinung über die allgemeine Lage sagen?" „Was wollen Sie! Ich glaube, man muß zu einem ehrenvollen Schluß kommen. Ich glaube es fest, weil ich mich nicht dem Gedanken eines Fiaskos der Konferenz hetzerunden kann. Zu Deutschland wünscht vom Volk bis zum Kaiser niemand einen Krieg. Ich bin auch überzeugt, daß ihn nicht die Männer wünschen, die in Frankreich die Verantwortung der Regierung tragen. Niemand in Europa will ihn." Der Interviewer: „Sicher wollen wir ihn nicht in Italien." Tattenbach: „Natürlich. Sie haben eine stammenswerte Entwicklung Ihres Handels, die nur der Frieden befruchten kann. Ein Krieg zwischen zwei Staaten würde alle mit hineinziehen und würde einen schrecklichen Rückschlag in der ganzen Welt verursachen." Tattenbach sprach aus innerster Ueberzeugung, an einigen Stellen fast leidenschaftlich; er schloß: „Ich kann es nicht ausdenken und verstehen, wie ein Teil der Presse unsere Arbeit erschweren kann, die von allen hier, davon bin ich überzeugt, in nur einer Absicht geleistet wird, nämlich zur Wahrung der gegenseitigen Ehre und des Friedens. Lassen Sie uns also ruhig arbeiten." Interviewer: „Wenn aber die Konferenz endlos dauert, kann die Presse unmöglich vermeiden, ihre Schlüsse daraus zu ziehen." Tattenbach: „Wir sind jetzt an der Lösung der Hauptfragen, und ich glaube, daß innerhalb dreier Wochen alle frei aufatmen können; wenigstens ist das mein heißester Wunsch."

Wie wir bereits in einem Teile der Auflage der „Saale-Ztg." mitgeteilt haben, bestätigte gestern ein französisches halbamtliches Telegramm aus Algeciras, daß in der von Deutschland erteilten Antwort der Vorschlag Frankreichs, nach dem die von dem Sultan auszuwählenden Offiziere Franzosen und Spanier sein sollen, abgelehnt worden ist. Deutschland erklärt, daß der Vorschlag Frankreichs dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko zuwiderlaufe.

*

Die „Köln. Ztg." erklärt, die immer heftiger werdende Polemik eines Teils der französischen Presse, besonders des „Temps", scheine auf irgendwo bestehende Absichten, ein für alle Teile befriedigendes Ergebnis von vornherein zu verhindern, hinzudeuten. Nicht nur in der Polizeifrage, sondern auch in der Bankfrage beständen weite Differenzen. Das Blatt bezeichnet es ferner als unwahr, daß Deutschland bis jetzt niemals Zugeständnisse Frankreich gegenüber gemacht habe. Sowohl in den protokollarischen Verhandlungen wie in privaten Besprechungen habe es in verschiedenen Fällen nennenswerte Zugeständnisse gemacht. Was den in einem englischen Blatte erwähnten Vorschlag, Deutschland solle in Mogador die Polizei erhalten, anbetrifft, hat Radowitz einen solchen Vorschlag nie gemacht.

*

Von autorisierter französischer Seite wird dem „B. T." zufolge folgendes erklärt: „Die Konferenz kann als gescheitert gelten. Die deutsche Antwort enthält keinerlei Gegenvorschläge und spricht nur von Gleichheit der Rechte, stellt also Frankreich in Marokko auf eine Stufe mit Belgien, Holland usw. Frankreich glaubt danach, daß weitere direkte Verhandlungen mit Deutschland zwecklos sein würden, wird aber keinesfalls die Konferenz zuerst verlassen, sondern nunmehr die Streitfrage vor das Plenum der Konferenz bringen, um somit wenigstens zu beweisen, daß es eine große Majorität der Mächte für sich habe. Auch in der Bankfrage ist der Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Auffassung so bedeutend, daß eine Einigung kaum möglich erscheint. Alle leitenden Persönlichkeiten Frankreichs sind darin einig, daß die ganze Abfassung der deutschen Antwort einem Abbruch der Verhandlungen gleichkomme. In diplomatischen Kreisen Frankreichs gebe man zu, daß man einen falschen Weg eingeschlagen habe, indem man sich nicht gleich an das Plenum der Konferenz gewendet habe.

*

Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, ist die Nachricht des „Matin", daß Kaiser Franz Josef bei Kaiser Wilhelm Schritte zur Vermittelung zwischen Deutschland und Frankreich in der Marokko-Angelegenheit unternommen habe, unbegründet.

*

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Standard" in Algeciras sagte Graf Tattenbach, der Meinungsaustausch in der Polizeifrage hätte gezeigt, daß ein Kompromiß durchaus nicht unmöglich sei, falls, was er annehme, Frankreich die Notwendigkeit eines Schutzes der Interessen der anderen Mächte anerkenne. Ueber die Art eines solchen Kompromisses sagte Graf Tattenbach nichts.

*

Nach einer Depesche aus Algeciras lautet ein von einer neutralen Macht ausgehender Vermittelungsvorschlag dahin, daß die Hafenpolizei aus zwei Abteilungen bestehe, nämlich einer vorzugsweise mit Verwaltungsangelegenheiten und dem Verkehr mit den auswärtigen Behörden zu betrauenden internationalen Beamtenschaft, in der auch Frankreich vertreten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060221017/fragment/page=0002

wäre, zweitens der Körperschaft der Instruktoren, in der Frankreich und Spanien die gewünschten Vorrechte erhalten würden.

*

Die Londoner „Tribune“ hebt hervor, die Thronrede erkenne den Ernst der Lage in Marokko an. Das Blatt hofft, die Konferenz werde die Lösung darin suchen, daß Frankreich und Spanien vereint unter einer internationalen Aufsichtsbehörde in den wenigen von Europäern bewohnten Küstenstädten Ordnung halten. Wenn Deutschland sich damit begnügen könnte, seine anerkannten Handelsinteressen zu fördern, wäre das marokkanische Problem gelöst.

Halle und Umgegend.

Halle, 21. Februar.

Vom Stadttheater. Der langjährige Bureauchef und Rendant des Stadttheaters, Herr Ludwig Meyer, ist unter sehr vorteilhaften Bedingungen als Direktor-Stellvertreter an das Neue Stadttheater in Nürnberg berufen worden und wird mit Schluß der jetzigen Saison aus seinem bisherigen Wirkungskreise ausscheiden. Publikum wie Theaterleitung werden Herrn Meyer ungern scheiden sehen.

Unfall. Bei einem Abbruch in der oberen Leipzigerstraße stürzte gestern nachmittag der 55jährige Arbeiter Albert Gr. ein Stockwerk tief auf einen Haufen Bauschutt und Steingeröll. Schwerverletzt wurde Gr. in seine in der Glauchaerstraße belegene Wohnung transportiert.

Kunst und Wissenschaft.

Das Berliner Lessing-Haus. Der Berliner Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Verkauf des Lessing-Hauses am Königsgraben trat gestern abend zusammen. Für das Grundstück waren 420,000 Mark geboten worden. Der Magistrat hatte dem Verkauf zugestimmt. Der Ausschuß hat aber einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

p. **Hochschulnachrichten.** Die Wahl des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Zuntz zum Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin für die Amtszeit vom 1. April 1906 bis dahin 1908 ist bestätigt worden.

ch. **Bühnenchronik.** Kammersänger Burrian verpflichtete sich mit neuem Kontrakt bis 1912 der Dresdener Hofoper, mit Ausnahme der Zeit seines Amerika-Urlaubs. — Hofschauspieler Heinrich Oberländer, der langjährige Darsteller des Berliner kgl. Schauspielhauses, begeht heute sein 50jähriges Künstler-Jubiläum. — Für das Berliner kgl. Schauspielhaus wurde durch mehrjährigen Vertrag das Mitglied des Lustspielhauses Karl Struve verpflichtet. — Wie dem „B. T.“ mitgeteilt wird, ist Maximilian Mayschulz, der frühere langjährige Direktor und Impresario aus Petersburg, von Direktor Ferenczy als Direktionsstellvertreter für das Berliner Zentraltheater verpflichtet worden. — Im Frankfurter Residenztheater fand das Schauspiel „Schwester Vera“ von Ludwig Zeppert eine sehr freundliche Aufnahme. — „Die Schuldigen“, ein Schauspiel von Friedrich Gustav Triesch, wurde im Wiener Burgtheater mit Erfolg aufgeführt.

r. **Kleine Mitteilungen.** Professor Dr. Piorkowski-Berlin hat den Erreger der Hundestaupe entdeckt. An dieser ansteckenden Krankheit gehen jährlich Hunderte von Tieren zugrunde. Am leichtesten erliegen der Seuche Hunde im ersten Lebensjahre. P. hat mit Hilfe der Bakterien ein Heilserum gegen die Staupe dargestellt, das sich sehr bewährt hat. — Teo v. Torn, der bekannte Verfasser von Militärhumoresken, ist von einem Nervenleiden befallen und in eine Heilanstalt übergeführt worden. Er lebte seit drei Monaten von seiner Familie getrennt und hatte in Berlin Wohnung genommen. — Der dritte Musikpädagogische Kongreß tagt unter dem Vorsitz Professor Scharwenkas vom 9.—11. April d. J. zu Berlin. Die Sitzungen finden im Reichstagsgebäude vormittags 10 Uhr und nachmittags 4 Uhr statt. — Die von der russischen Akademie der Wissenschaften gebildete Kommission, die sich mit der Kalenderreform in Rußland beschäftigte, beschloß, in diesem und auch im nächsten Jahre keine Änderung vorzunehmen.

Gerichtsverhandlungen.

Kottbus, 20. Febr. Das in Sachen des Spremberger Eisenbahnunglücks vom Landgericht gefällte Strafurteil liegt jetzt gedruckt vor. Es umfaßt mehr als 16 Spalten. Sehr eingehend wird die körperliche und Geistesverfassung des Hauptangeklagten Stullgys geschildert, der nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme seine Pflichten „gröblich verletzt“ hat: Wenn er, vom Nachtdienst ermüdet und seelisch deprimiert durch den drohenden Geldverlust, anstatt Ruhe und Erholung zu suchen, nach Berlin und Teupitz fuhr, um sich Geld zu beschaffen, so kann ihm hieraus zwar kein Vorwurf erwachsen, wohl aber daraus, daß er, angeregt durch die Zusage eines Darlehns, die Nacht mit Kartenspiel verbrachte, vier Züge verpaßte, seinen Urlaub überschritt und in erschöpftem Zustande seinen Dienst antrat, anstatt weiteren Urlaub nachzusuchen. Daß Stullgys auch betrunken oder auch nur angetrunken gewesen wäre, ist nicht erwiesen. Er hat Bier, Wein und etwas Sekt getrunken, aber in unerheblicher Menge, die sich auf eine große Stundenzahl verteilte; konzentrierten Alkohol, wie er in Kognak oder Ingwer vorhanden ist, hat er vermieden. Der Eindruck, den St. auf die ihm Begegnenden machte, war denn auch nur der eines ermüdeten, aber zugleich frohgelaunten und erbitzten Mannes, der, den Hut etwas nach hinten gerückt, einige Unsicherheit im Gange zeigte. Wenn er nun, trotzdem ihm die volle Dienstfähigkeit mangelte, und trotzdem er diesen Mangel kannte und sich sagen mußte, daß er in einem solchen Zustande leicht schwerwiegende Fehler begehen konnte, den Dienst dennoch annahm, so beging er eine grobe Pflichtverletzung. Eine weitere Pflichtverletzung ließ er sich dadurch zuschulden kommen, daß er bei Antritt des Dienstes sich über den Zugverkehr nicht genauestens informierte. Er verrichtete denn auch seinen Dienst in pflichtwidriger Weise, wie aus dem Depeschenwechsel nachgewiesen ist. St. beruft sich nun darauf, daß der Unfall verhindert worden wäre, wenn die anderen Beamten ihre Schuldigkeit getan hätten. Abgesehen davon, daß Versehen anderer Personen ihn von seiner strafrechtlichen Verantwortung nicht befreien können, läßt sich auch ein subjektiv-schuldhaftes Verhalten der Schrankenwärter nicht feststellen: sie waren teils in dem Glauben, daß der Nachzug nicht täglich verkehre, teils überrascht durch das Herannahen des Zuges 113, teils haben sie das Alarmsignal als solches nicht gekannt, oder es erst erkannt, als es zu spät war. Den Meisten wohnte auch schwerlich die Fähigkeit inne, im gegebenen Moment rasch und entschlossen das Richtige zu tun. Im Irrtum mag sich auch das Lokomotiv- und Zugpersonal befunden haben, von dem ein Lokomotivführer und Heizer tot sind. Strafschärfend kam bei Stullgys die Mannigfaltigkeit und die Schwere seiner Pflichtvernachlässigung sowie die Größe des Unglücks (bei dem 15 Personen ihren Tod fanden) in Betracht; strafmildernd seine bisherige Unbescholtenheit, seine gute Führung und das treffliche Zeugnis, das ihm sein Vorgesetzter ausgestellt hat, endlich die Tatsache, daß sein Dienst gerade an dem Unglückstage besonders anstrengend und schwierig war und die Schwierigkeiten durch Zugverspätung noch erhöht wurden. Bei richtigem Handeln des Angeklagten Schmidt und bei größerer Entschlossenheit und Geistesgegenwart der Schrankenwärter hätte die Katastrophe allerdings vermieden werden können.

Lübeck, 19. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Oberlehrer an der dortigen Baugewerkschule Wrede wegen Vergehens gegen § 175 St.-G.-B. zu zwei Jahren Gefängnis.

Provinzialnachrichten.

× **Großjoterhausen**, 20. Febr. [Die hiesige Zuckerfabrik] hat in diesem Jahre das ausnahmsweise große Quantum von rund 620,000 Ztr. Zuckerrüben verarbeitet. Es sind für dieses Jahr große Baulichkeiten, so ein großer Trockenraum für Schnitzel, in Aussicht genommen. Auch war es als eine Misere empfunden, daß nicht genug Rüben auf Vorrat geliefert werden konnten, in der verflossenen Campagne mußte die Fabrik sogar einmal stehen. Es sind noch neue Aktien ausgegeben worden, um auch in den künftigen Jahren ein größeres Quantum Rüben verarbeiten zu können. — Die Dampfmolkerei in Vorstedt hat hier eine Filiale errichtet; es ist zur Entrahmung der von hier gelieferten Milch und Rückgabe der Magermilch eine Zentrifuge mit Göpelbetrieb aufgestellt worden.

□ **Vorstedt**, 20. Febr. [Die ländliche Spar- und Darlehnskasse] hier ist nun ins Leben getreten. Sie hat nach erfolgter gerichtlicher Eintragung ihren Verkehr mit der Genossenschaftsbank in Halle aufgenommen. Gezeichnet sind von 32 Mitgliedern ca. 50 Anteile. Direktoren sind die Herren Keßler und Kellner und Rendant Herr Wurm.

* **Stedten** bei Schraplau, 20. Febr. [Verschüttet.] Auf der Grube Waltershoffnung wurde der Arbeiter Michael Cierpka durch niedergehendes Gestein verschüttet.

* **Naumburg**, 20. Febr. [Feuer] brach heute vormittag in Gernstedt im Gehöft des Landwirts Emil Rühlmann aus, das schnell die Stallungen und Scheune einäscherte, Wagen und Geräte, Stroh und Futtermittel wurden ein Raub der Flammen. Das Wohnhaus steht noch, ist aber durch Brand beschädigt.

Vermischtes.

Ausländische Arbeiter. Aus Trier wird gemeldet: Kroatische Arbeiter ermordeten bei der Grube „Hayingen“ den Unternehmer Dola, raubten dessen Uhr und 50 M. Die Mörder sind entflohen.

Großfeuer. Auf der Zuckerfabrik in Krusichwitz brach Montag abend nach 6 Uhr Feuer aus, das gestern noch andauerte. Das Hauptgebäude sowie einige Nebengebäude sind vollständig ausgebrannt. Unglücksfälle sind nicht vorgekommen. Der Zuckerboden ist unversehrt. Nur kleine Mengen Zucker in einem Schuppen sind vernichtet worden. Das Feuer ist jetzt als gelöscht anzusehen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Kaiser in Kiel.

Kiel, 21 Febr. Der Kaiser verließ gestern nachmittag 5 Uhr das Linienschiff „Preußen“ und begab sich nach dem königlichen Schlosse, um mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich den Tee einzunehmen.

Vom Deutschen Handelstag.

Berlin, 21. Febr. Der Deutsche Handelstag hat folgende Resolution angenommen: Der Handelstag erkennt die Notwendigkeit an, daß zur Ordnung des Reichshaushalts neue Steuern eingeführt werden müssen, und spricht sich insbesondere für die Aufbringung von Mitteln aus, durch die im Interesse aller Kreise des Volkes die erforderliche Wehrkraft des Reichs zur See ermöglicht wird. Bei der Auswahl der weiter erforderlichen Steuern ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht einzelne Erwerbszweige vorzugsweise belastet, und daß sie nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit erhoben werden.

Die Krisis in Ungarn.

Budapest, 21. Febr. Wie verlautet, wird die Mission des königlichen Kommissars Generalmajors Nyiri heute beendigt sein. Derselbe wird sich heute nach Wien begeben, um dem Könige Bericht zu erstatten.

Die Marokko-Frage.

Malaga, 21. Febr. Wie aus Melilla gemeldet wird, hat die Beschießung der Faktorei von Mar Chica durch den Dampfer „Turki“ ernstlichen Schaden nicht angerichtet; die Faktorei selbst wurde von keinem Geschoß getroffen.

Die Wirren in Rußland.

Petersburg, 21. Febr. (Meldung der Petersb. Telegr.-Ag.) Im Ministerium des Auswärtigen fand gestern der Austausch der Ratifikationsurkunden des am 29. Sept. 1905 zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages statt.

Bromberg, 21. Febr. Die Güterstauung in Gotonoy und Warschau ist behoben. Güter über Alexandrowo und Sosnowice W. W. die über Warschau oder Gotonoy hinaus befördert werden sollen, können wieder angenommen werden, soweit eine Sperrung auf den Empfangsbahnhöfen nicht vorliegt. Die W. W.-Bahn hat die Verantwortung für rechtzeitige Lieferung solcher Güter wieder übernommen.

Baku, 21. Febr. (Meldung der Petersb. Telegr.-Ag.) Der Jahrestag der armenischen und tatarischen Meheleien des Jahres 1905 ist entgegen den gehegten Befürchtungen ganz ruhig verlaufen.

Otschakow, 21. Febr. (Meldung der Peterb. Telegr.-Agentur.) Gestern begann vor dem Marinekriegsgericht der Prozeß gegen den Leutnant Schmidt, 37 Matrosen von der Bemannung des Kreuzers „Otschakow“, zwei Studenten der Universität Odessa und einen Bauern. Es sind 99 Belastungszeugen und 27 Entlastungszeugen geladen. Der Prozeß wird zehn Tage dauern.

Erfurt, 21. Febr. Der Staatsanwalt hat gegen die sozialdemokratische „Erfurter Tribüne“ sieben Anklagen erhoben wegen öffentlicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten durch Wahlrechtsartikel.

Hamburg, 21. Febr. In der Angelegenheit der Lohnbewegung der hiesigen Schauerleute fand gestern eine Sitzung der Arbeitgeber statt, in der beschlossen wurde, die Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen und zu prüfen. Zu diesem Zweck soll am Donnerstag in der Handelskammer unter dem Vorsitz des Vereins Hamburger Reeder eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden. Irgend welche Gefahr einer Arbeitsniederlegung besteht durchaus nicht. Die Mitteilung eines auswärtigen Blattes, daß die Arbeiter ein Ultimatum gestellt hätten, entbehrt jeder Begründung.

Kuxhaven, 21. Febr. Der englische Dampfer „Hardly“ rannte in der Elbmündung den Flensburger Dampfer „Kiellenz“ so schwer an, daß der Bug des letzteren gänzlich eingedrückt und das Schiff schwer leck wurde. Die „Hardly“ wurde nur unbedeutend beschädigt.

Breslau, 21. Febr. In Groß-Mochbern wurden vier Kinder der Arbeiterfrau Sinner im Alter von 1 bis 7 Jahren durch Kohlendunst erstickt.

Mülhausen, 21. Febr. In der Trunkenheit mißhandelte der Spinner Rotte seine Frau und tötete sich danach durch vier Schüsse in den Kopf.

Stuttgart, 21. Febr. Während der gestrigen Sitzung der Kammer der Standesherren wurde der Wirkliche Geheimrat v. Heß, der Berichterstatter über den Gesetzentwurf betreffend die Bahnenhiebe, von einem Unwohlsein befallen, infolgedessen er während seiner Rede zu Boden sank. Er mußte mittels Wagen in seine Wohnung gebracht werden. Die Sitzung wurde abgebrochen.

Fiume, 21. Febr. Die Arbeiter der Papier-, Tabak-, Schokolade-, Petroleum-, Reisschäle- und Torpedofabriken traten gestern in den Ausstand. Die Anzahl der Ausständigen beträgt 5000, sie fordern Lohnerhöhung.

Rom, 21. Febr. Das Parlament ist zum 8. März einberufen worden.

London, 21. Febr. „Evening News“ melden aus Kairo: In den englischen Kasernen in Khartum ereignete sich eine heftige Explosion, die großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Personen kamen dabei ums Leben.

London, 21. Febr. Nach längerer Debatte, in der die Frage der Chinesenarbeit die Altersversicherung, die Fiskalreform und die Arbeitslosigkeit erörtert wurden, wurde die Adreßdebatte vertagt.

Tokio, 21. Febr. Der Kaiser hat dem Prinzen Arthur von Connaught den Chrysanthemum-Orden verliehen.

Tokio, 21. Febr. Die öffentliche Aufforderung zur Zeichnung auf die neue innere Anleihe von 200 Millionen Yen zum Kurse von 95 ist erschienen. Die Anleihe ist während der nächsten fünf Jahre unkündbar, dann beginnt die Einlösung und erstreckt sich über die nächsten 25 Jahre.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker.
Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 6 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt“).

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zu den Zusammenschlußbestrebungen in der Zuckerindustrie wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Die Annahme, daß unter dem Druck der vorliegenden Verhältnisse in der Zuckerindustrie eine neue Vereinigung ins Leben treten würde, verlier' immer an Wahrscheinlichkeit. Die Raffinerien waren bekanntlich mit Rücksicht auf die schlechten Preisverhältnisse am Zuckermarkt mit dem Plan hervorgetreten, eine Art von Verkaufsvereinigung zu schaffen. Von der Kontingentierung der einzelnen Fabriken und der Normierung verbindlicher Preise hat man von vornherein Abstand genommen, da man sich in den Kreisen der Raffinerien der Schwierigkeiten wohl bewußt war, die einer Lösung dieser Fragen gegenüberstehen. Der Vertragsentwurf sah lediglich Richtpreise vor, die vom Beirat der Marktlage angepaßt und den Fabriken fortlaufend als Anhalt für Preisbestellungen dienen sollten. Um die Verkaufsverhältnisse vorteilhaft zu regeln, war außerdem eine Beschränkung der Lieferungstermine in Aussicht genommen. Dieser Punkt hat bei den Weißzuckerfabriken Anstoß erregt und keinen Beifall gefunden; sie wollen, wie wir aus beteiligten Kreisen hören, sich nach dieser Richtung hin keine Beschränkungen auferlegen lassen. Nachdem am 27. Okt. in Berlin eine Vorbesprechung einer Anzahl Raffinerien stattgefunden hatte, fand am 4. Nov. v. J. dort eine allgemeine Versammlung der Vertreter von Raffinerien, Weißzuckerfabriken und Melassezuckerungsanstalten statt, die jedoch ein positives Ergebnis hinsichtlich des Zusammenschlusses nicht hatte. Trotzdem die Lage am offenen Zuckermarkt im laufenden Jahr bei den verlustbringenden Preisen stagnierte, ist die betreffende Angelegenheit inzwischen nicht einen Schritt weitergekommen. Die Aussichten für eine Besserung der Zustände auf dem angeregten Wege sind nur gering, so sehr auch besonders in den Kreisen der norddeutschen Raffinerien diese Bestrebungen unterstützt werden.

Die Kaliwerke Aschersleben haben nach Abschreibungen von 933678 M. gegen 1506871 M. im Vorjahre einen Reingewinn von 1604370 M. gegen 1460624 M. im Vorjahre erzielt. Hiervon werden dem gesetzlichen Reservefonds 115126 M. und der Spezialreserve 178284 M. zugeführt. Nach Verteilung einer Dividende von 10 Proz. werden auf neue Rechnung vorgetragen 27959 M. Die Generalversammlung wird auf den 12. März d. J. einberufen.

München, 21. Febr. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung der Bayrischen Handelsbank wurde beschlossen, der auf den 24. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8,05 Proz. vorzuschlagen.

Rio de Janeiro, 19. Febr. Wechsel auf London 16 9/16 d.

Preise von Kali-Kuxen,
festgestellt von Samuel Zielenziger, Berlin u. Essen, 20. Febr.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Alexandershall	10,350	10,450	Hohenfels	11,200	11,400
Beienrode	9550	9750	Hohenzollern	8700	8850
Brandenburg	450	550	Hugo	1825	1925
Burbach	15,400	15,600	Johannashall	7325	7400
Carlsfund	12,750	13,000	Justus I.	175	180
Cecilienhall	400	425	Kaiseroda	9950	10,100
Desdemona	6850	6900	Ludwigshall	—	150
Deutschland	4350	4425	Neustaßfurt	20,100	20,500
Friedrichshall	175	177	Roland	350	400
Glückauf-Sondersh.	19,400	19,700	Ronnenberg (Akt.)	224	227 o/o
Hannov. Kali-Akt.	97,98 o/o		Salzdetfurt Kaliw. A.	275	280 o/o
Hansa	3175	3225	Schieferkaute	1750	1800
Hattorf	1250	1300	Schwarzburger Sal.	—	885
Hedwigsburg	—	11,200	Siegfried I	4150	4200
Heldburg	88¼	89	Sigmundshall	370 o/o	380
Heldrungen	4350	4400	Wilhelmshall	15,600	15,750
Hercynia	20,000	30,250	Wintershall	14,200	—

Waren- und Produktenberichte.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

Magdeburg, 20. Febr. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen ruhig, engl. gut 168—170, mittel 160—165, gering 150 bis 158, Sommer-Weizen gut 170—174, mittel —,—, Kolben Sommer, gut 170—180, mittel — —, Rauh- gut 164—169, ausländ. gut 188—192, mittel —.

Roggen still, inländischer gut 164—166, mittel 157—162, ausländ. gut 172—174 mittel — — —, gering — —.

Gerste still, hiesige Chevalier, gut 170—180 M., mittel 160—167, gering — —, feinste Qualität über Notiz. Landgerste gut 156—165, mittel — —, gering — —. Wintergerste gut — —, mittel — —, gering — —. Ausländ. Futtergerste, gut 128—140.

Hafer unver., inländischer gut 166—173, mittel 155—164, gering — —, ausländ. gut 156—170, mittel — —, gering — —.

Mais, unverändert, runder gut 134—136, amer. bunter gut 121 bis 124 M.

Erbsen unverändert, hiesige, Viktoria-, gut 180—195, mittel 160 bis 175. grüne Folger gut 190—200, mittel 170—185.

Raps, gut — — — M.

* Berlin, 20. Febr. Frühmarkt [amtlich festgestellte Preise.] Weizen, inländischer 172,00—175,00 M. Roggen, guter inländ. 159,00—160,50 M. Gerste, leichte inländische Futtergerste 142—151, schwere 152—160, russische und Donaugerste, leichte, 140—144, schwere 148—158, alles ab Bahn u. frei Wagen. Hafer, märk., mecklenburg., pommersche, posen., schles. fein 169—180, mittel 159—168, gering 155—158, russischer fein 157—162, mittel u. gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed, guter 123,00—125,00, mit Geruch — —, runder 139,00—141,00 frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware, mittel 165—172 feine und Taubenerbsen 173—179 ab Bahn und frei Wagen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060221017/fragment/page=0003

Weizenmehl No. 00 loco 22,25—24,50. Roggenmehl No. 0 und loco 21,10—23,00. Weizenkleie 10,40—11,00. Roggenkleie 10,60—11,00 M. ab Mühle.

* Hamburg, 20. Febr. Weizen ruhig, mecklenb. u. ostholstein. 175—178. Roggen ruhig, mecklenb. u. altmärk. 163—168, russ. cif. 9 Pud 10/15 Februar 130,00. Gerste ruhig, südruss. cif. Febr. 111,00. Hafer fest, holstein. u. mecklenb. 170—172. Mais ruhig. Americ. mixed cif. per Febr. 90,00. La Plata cif. April-Mai 97,00.

* Antwerpen, 20. Febr. Weizen ruhig, Mais matt, Hafer ruhig, Gerste ruhig.

* Königsberg, 20. Febr. Weizen inländ. unv., 150—170, russ. unv., 126—140. Roggen stetig, 148. Gerste unverändert Hafer unv., mittel 132—145, fein 146—153.

Danzig, 20. Febr. Weizen matt, inländ. hochb. u. weiß 174, inländ. bunt 163, Transit hochb. und weiß 141, bunt 136. Roggen unv., inländ. 149, russ. u. poln. 115—116. Gerste, inländ. große 144, kleine 135. Hafer, inländ. 144—145.

New York, 20. Febr. [Telegr.] Roter Winterweizen. Loco 89¾ (vorige Notierung 90¼), Febr. — (—), Mai 88¼ (88⅞), Juli 87⅜ (87⅝), Sept. 85⅞ (85¾). Mais Mai 49 (49¾), Juli 49¼ (49⅝). Mehl 3,20 (3,25). Getreidefracht 2 (2).

Chicago, 20. Febr. [Telegr.] Weizen Mai 82⅜ (83⅛), Juli 81⅝ (82⅛). Mais Mai 43 (43¼).

Kartoffelmehl und Stärke.

* Berlin, 20. Febr. Kartoffelmehl und Stärke 18,50. Feuchte Stärke 9,70.

* Magdeburg, 20. Febr. Kartoffelstärke und -Mehl 18,50—18,75.

Kaffee.

* Hamburg, 20. Febr. [Schluß.] Kaffee good average Santos per März 37,75 Gd., Mai 38,25 Gd., Sept. 39,00 Gd., Dez. 39,75 Gd., Stetig.

* Hamburg, 20. Febr. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack.

* Amsterdam, 20. Febr. Java-Kaffee good ordinary 31,00.

* Havre, 20. Febr. [Schlußbericht.] Kaffee good average Santos März 46,50, Mai 47,00, Sept. 47,25, Dez. 48,25. Stetig.

Zucker.

* Hamburg, 20. Febr., nachm. 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 % Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Febr. 16,30, März 16,40, Mai 16,65, Aug. 17,00 Okt. 17,15, Dez. 17,45, Stetig.

* London, 20. Febr. 96 % Javazucker matt, loco 9 sh. — d., Rüben-Rohzucker stetig, loco 8 sh. ¾ d.

* Paris, 20. Febr. Rohzucker ruhig. 88 % neue Kondition 20,00 bis 20,50. Weißer Zucker ruhig. No. 3 für 100 kg Jan. 24⅛, Febr. 24¼, März-Juni 25, Mai-Aug. 26.

Spiritus.

* Nordhausen, 20. Febr. Branntwein loco 45 % Vol. für 100 kg ohne Faß ab Brennerei 66,75—67,75, Febr.-Sept. 67,50—68,50, desgl. 40 % Vol. loco 59,25—60,25, Febr.-Sept. 60—61 M.

* Hamburg, 20. Febr. Spiritus ruhig. Febr. 18,50 G., Febr.-März 17,75 G., März-April 17,50 G.

* Paris, 20. Febr. Spiritus träge. Febr. 39,25, März 39,25, Mai-Aug. 39,50, Sept.-Dez. 36,25.

Petroleum.

* Hamburg, 20. Febr. Petroleum ruhig. Stand. white loco 7,10.

* Antwerpen, 20. Febr. [Schluß.] Raffiniertes, Type weiß loco 19,50 bzB., Febr. 19,50 B., März 19,75 B., April-Mai 20,00. Ruhig.

* New York, 20. Febr. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,60, in Philadelphia 7,55, Refined (in Cases) 10,30, Credit Balances at Oil City 1,58.

Ölsaaten. Öle. Fettwaren.

* Bremen, 20. Febr. Schmalz ruhig. Loko, Tubs u. Firkins 41¼ Pf., in Doppeleimern 42 Pf. Speck stetig.

* Hamburg, 20. Febr. Rüböl ruhig, verzollt 52,00.

* Köln, 20. Febr. Rüböl, loco 55,00, Mai 55,50.

* Antwerpen, 20. Febr. Schmalz per Febr. 97¾.

* Paris, 20. Febr. [Schlußbericht.] Rüböl fest. Febr. 57,50, März 57,00, März-April 56,75, Mai-Aug. 57,50.

* New York, 20. Febr. [Telegr.] Schmalz, Western steam 8,05, Rohe und Brothers 8,15.

* Chicago, 20. Febr. [Telegr.] Schmalz, Febr. 7,60, Mai 7,75.

Wolle. Baumwolle.

* Bremen, 20. Febr. Baumwolle ruhig. Upl. middl. loco 56¾.

* Liverpool, 20. Febr. [Schluß.] Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Tendenz: willig.

Amerikanische good ordinary Lieferungen: stetig. Februar 5,65, Febr.-März 5,65, März-April 5,66, April-Mai 5,69, Mai-Juni 5,72, Juni-Juli 5,74, Juli-August 5,76, Aug.-Septbr. 5,72, Sept.-Okt. 5,59, Okt.-Nov. 5,56.

Manchester, 16. Febr. 20r Water cour. Qualität 8⅜, 30r Water courante Qualität 9, 30r Water bessere Qualität 9⅝, 40r Mule cour. Qualität 9⅞, 40r Mule Wilkinson 10¼, 42r Pincops Reyner 9¼, 32r Warpcops Lees 9¾, 36r Warpcops Wellington 10½, 60r Cops für Nähzwirn 19, 80r 24, 100r 30½, 120r 39½, 40r Double cour. Qualität 11, 60r Double 14¾, Printers 231.

Chemische Produkte.

London, 19. Febr. Chilisalp. ord. 11 sh. 1½ d., raff. 11 sh. 4½ d.

Metalle.

* Hamburg, 20. Febr. Silber 91,00 Br., 90,50 G.

* London, 20. Febr. Silber 30½.

* Amsterdam, 20. Febr. Bankazinn 100¾.

* London, 20. Febr. [Schluß.] Bechuanaland Exploration 0,68, Cape Copper 4,75, Consolidated Goldfields of Afrika 4,87, De Beers 18,43, Durban Roodepoort 3,62, New Jagersfontain 8,31, Transvaal Mining and Gold Estates 1,31, Chartered 1,59, East Rand 6,31, Randmines 6,25, Shebas 7/0. Flau.

* London, 20. Febr. [Schluß.] Chilikupfer willig, 78 Lstrl., 2 Mon. 75¼. Zinn willig, Straits 166, 3 Mon. 163¾. Blei ruhig, span. 16¼, engl. 16⅝. Zink ruhig, gewöhnl. Marke 25⅞, spez. 26¾.

* Glasgow, 20. Febr. [Vormittag.] Roheisen. Mixed numbers warrants 48 sh. 11½ d.

* Glasgow, 20. Febr. [Schluß.] Roheisen. Mixed numbers warrants —. Middelsborough 48 sh. 8½ d.

Wasserstände, + bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	19. Febr.	+0,75	20. Febr.	+0,77	—	2
Weißenfels, Oberpegel	»	+2,48	»	+2,48	—	—
do. Unterpegel	»	+0,50	»	+0,54	4	—
Trotha	20. »	+ —	21. »	+ —	—	—
Alsleben, Oberpegel	19. »	+2,44	20. »	+2,46	—	2
do. Unterpegel	»	+1,74	»	+1,76	—	2
Bernburg	»	+1,31	»	+1,38	—	7
Kalbe, Oberpegel	»	+1,62	»	+1,64	—	2
do. Unterpegel	»	+1,04	»	+1,10	—	6

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatt.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Febr.	Fall	Wuchs		Febr.	Fall	Wuchs
Budweis	19. —0,04	—	4	Torgau	20. +0,72	—	10
Prag	» +0,02	—	10	Wittenberg	» +1,61	—	1
Jungbunzlau	» +0,08	—	2	Roßlau	» +1,04	—	1
Laun	» +0,16	—	—	Barby	» +1,36	—	6
Pardubitz	» +0,15	—	1	Magdeburg	» +1,31	—	4
Brandeis	» +0,15	—	13	Tangermde.	» +2,00	1	—
Melnik	» —0,21	—	1	Wittenberge	» +2,03	—	—
Leitmeritz	» —0,17	—	1	Dömitz Peg.	19. +1,55	6	—
Außig	20. +0,12	—	3	Lauenburg	20. +1,67	5	—
Dresden	» —1,25	—	5				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 44 cm Wuchs gemeldet.

Berliner Börse,

20. Februar.

(Ergänzung zu den telephon. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskont.

Berlin Wechsel 5, Lombard 6. Amsterdam 3. Brüssel 4. Italien. Plätze 5. Kopenhagen 5. Lissabon 4. London 4. Madrid 4½. Paris 3. Petersburg und Warschau 8. Schwed. Plätze 5. Norw. Plätze 5. Schweiz 4½. Wien 4½.

Geldsorten und Banknoten.

Münz-Dukaten pr. St.	— —
Rand- do. do.	— —
8 Gulden-Stücke, öst. do.	— —
Gold-Dollars do.	— —
Imperials, alte do.	— —
do. do. zu 500 G.	— —
do. neue pr. St.	16,16bzG
do. do. zu 500 G.	— —
Amerik. Noten 2 u. 1 D.	4,2025bz
do. Coup., zhlb. N.-Y.	— —
Oest. Bkn. Abschn. 1-2000 K.	85,15bzG
Russ. do. do. zu 500 R.	214,35bz
do. do. do. 5, 3 u. 1 R.	214,50bz
Skandin. Bkn. zu 100 Kr.	— —
Russ. Zoll-Coup. 100 G.-R.	321,50bz
do. do. kleine	— —

Deutsche Staatspap., Pfand- und Rentenbriefe, Provinz- und Stadt-Anleihen und Lose.

D. Reichs-Schatzanw. 1905 unk. 1907	3½	100,00G
do. von 1904	3½	99,80G
Bad. St.-A. 01 uncv. 09	4	102,40bzG
do. Präm.-Anl. v. 67	4	— —
Bayr. Präm.-Anl. v. 66	4	— —
Bremer Anl. 1887, 88, 90	3½	98,90bz
Gr. Hess. St.-A.	3½	— —
Hamb. Staats-Rente amort. 1900	4	— —
do. do. 1904	3½	— —
Lüb. St.-Anl. unk. 14	3½	— —
Ostpreuß. Prov.-Anl.	4	104,50G
do. do.	3½	98,00bzB
Rheinprov. XX-XXI	4	102,25bz
Westf. Prov. II, III, IV	3½	98,90G
Teltow. Kr.-Anl. uk. 15	4	105,30G
Barmen Stadt-Anl.	3½	98,30G
Berlin St.-Synode 02	3½	99,00bzG
Cassel St.-Anl. I. 1901	3½	98,60G
Charlottenb. 95, 99, 02	3½	99,75bz
Cöthen 80 84 90 95 96 03	3½	99,25G
Dortmund 1891, 98, 03	3½	98,50bz
Dresden 1900 unk. 10	4	104,00B
do.	3½	99,10G
Düsseld. 88, 93, 94, 00, 03	3½	98,25B
Eisenach 1899 uncv. 09	4	102,75G
Frankfurt a. M. 1903	3½	99,40G
Glauchau 1894, 1903	3½	98,40G
Halberstadt 1902	3½	98,20G
Köln 1900 uncv. 06	4	102,10G
do. 94, 96, 98, 1901, 03	3½	98,50G
Nürnberg St.-A. 1903	3	88,00G
Sächs. ldw. Pfbr. II A., XXII, XXIII	4	— —
do. Kreditbriefe	4	— —
do. do.	3½	98,75bzG
Kur- und Neumärker (Brdbg.) Rentenbr.	4	102,20B
Pomm. Rentenbriefe	4	102,10G
Posensche do.	4	102,20B
Preußische do.	4	102,20B
Sächsische do.	4	102,20B
Schlesische do.	4	102,10G
Braunschw. 20 Tlr.-Lose, Mark per Stück		226,90bz
Köln-Mind. 3½ % Pr.-Anl.		146,75bz
Meining. 7 fl.-Lose M. p. St.		49,60bz

Ausländische Fonds, Stadt-Anleihen und Lose.

Argent. Eisenb.-Anl.	5	101,00B
do. Anl. v. 1897	4	91,90bzG
Chilen. Anl. v. 1889	4½	— —
Chines. do. v. 1895	6	105,25bz
do. do. kleine	6	— —
Griech. 5% do. v. 81/84	1,6	53,00bzG
do. 5% do. kleine	1,6	53,00bzG
do. 5% Goldrte, P.L.	1,6	51,80bzG
do. 5% do. kleine	1,6	51,80bzG
Japan. Anl. v. 1905	4	86,90bzG
Oesterr. einhtl. Rente	4	— —
Portug. Anl. III Spec.	frco	14,90G
Rumän. Anl. v. 1894	4	91,40B
do. do. v. 1905	4	91,60bzG
Russ. Anleihe v. 1905	4½	92,40bzG
do. v. 1890 II. Em.	4	— —
do. Cons. 89 25 u. 10 r.	4	— —
do. conv. Obligat.	3⅘	76,60bzB
Schwed. St.-R.-A. v. 04	3½	— —
Bukar. Stadt-A. 88 cv.	4½	98,60G
do. do. kleine	4½	98,60G
Buen.-Air. do. 500 L.	4½	— —
do. do. 100 L.	4½	96,30bz
Lissab. do. v. 86 2000 M.	4	87,70G
Wien. Stadt-Anl. v. 98	4	100,40G
Schwed. Hyp.-Pfdbr. kündb.	4	101,60G
do. do. rückz. 103½	4	101,60G
do. Städte-Pfdb. v. 02	4	100,75bzG
Ungar. Spark. Pf. IV, V	4½	— —
do. do. I, II	4	97,25G

Barletta 100 Lire	fr.	MpSt.	23,25G
Freiburg. 15 Frs.	fr.	»	70,25bz
Oest. 1858 Kredit	fr.	»	
do. 1860 L. 20%			409,25bz
C.-St.	4	M. %	161,25bz
do. 1864 Lose	fr.	MpSt.	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 1864	5	M. %	— —
do. do. v. 1866	5	»	— —

Hypothekenbank-Pfandbriefe u. Obligationen.

Berl. Hyp. 80 % abg.	4	100,00bzG
do. do. do.	3½	94,10G
do. v. 1904 Ser. I, II	4	101,60bzG
Braunschweig-Han. S. XVIII unk. 05	4	101,00bzG
do. S. XXI XXII uk. 11	4	102,25bzG
do. S. I, X, XI	3½	96,50G
do. S. II-IX, XII-XV	3½	95,50bzG
do. S. XIX	3½	95,50bzG
do. S. XX unk. b. 1910	3½	95,75G
D. Hyp.-B.-Pfdb. VII	4	100,75bzG
do. XI-XII unk. 10	4	101,75bzG
do. XIV unk. b. 1914	4	103,00bzG
do. XIII-XIII A.	3¾	100,25bzG
do. IX	3½	95,50bzG
Gothaer Grunder. Pr.-Pf. I	3½	— —
do. do. II	3½	— —
do. do. III u. IV	3½	102,30G
do. do. VI u. VII	4	— —
do. IX u. IXa, unk. 09	4	101,10G
do. X u. Xa, unk. b. 13	4	102,20G
do. S. XII, unk. b. 14	4	102,20G
do. S. VIII	3½	97,30G
do. S. XI, unk. b. 1913	3½	97,80G
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	100,80bzG
do. S. 341-400	4	102,30bzG
do. S. 401-450	4	103,00G
do. S. 1-190	3½	95,00bzG
do. S. 311-330	3½	96,50G
Leipz. Hyp.-B. S. VIII	4	102,90G
do. do. S. IX	4	102,50G
do. S. VII unk. b. 08	3½	98,10G
Meckl. H.-u. W.-B. S. V	4	101,90G
do. do. alte u. conv.	3½	95,00G
Mein. Hyp.-Bk. S. II	4	100,80bzG
do. do. VI	4	101,30bzG
do. VII unk. b. 1908	4	101,30bzG
do. VIII unk. b. 1911	4	102,30B
do. IX unk. b. 1914	4	103,00bzG
do. conv.	3½	97,00bzG
do. unconv. b. 1905	3½	97,00bzG
do. unkdb. b. 1907	3½	97,00bzG
do. X uncv. b. 1913	3½	97,60bzG
Mitteld. Bod.-Cred.-A. S. IV unk. b. 06	4	101,50G
do. unk. b. 06	3½	96,00G
Norddtsche Grunder. S. XII unk. b. 12	4	101,50bzG
do. S. XIII unk. b. 12	3½	96,75G
Pr. Bd.-Cr. S. IV rz. 115	4½	115,10G
do. do. S. X rz. 110	4½	110,75G
do. do. S. XIII	4	100,90bzG
do. S. XIV unk. b. 06	4	100,90bzG
do. S. XVII do. 1906	4	100,90bzG
do. S. XVIII do. 1910	4	101,90G
do. S. XIX do. 1911	4	102,00bzG
do. S. XXI do. 1913	4	102,00bzG
do. S. XX unk. b. 1913	3¾	99,30G
do. S. XI	3½	95,30G
do. S. XV	3½	95,10bzG
do. S. XVI u. conv.	3½	95,10G
Pr. Ctr.-Bd.-Cr. v. 1896	4	101,00bzG
do. v. 1899 unk. b. 1909	4	102,25bzG
do. v. 1903 do. 1913	4	102,80bzG
do. v. 1886, 89, 94	3½	96,20G
do. v. 1896 do. 1906	3½	96,10bzG
do. v. 1904 unk. b. 1913	3½	97,50G
do. Centr.-Boden-Comm.-Obl.	4	103,60G
do. do. v. 87, 91	3½	99,10bzG
do. do. v. 1896	3½	99,10bzG
Pr. Hyp.-A-B. abgk.	4	100,75bzG
do. do. do.	3½	94,50G
do. unk. bis 1913	4	102,50G
Preuß. Pfdb. Bk. S. XX u. XXI unk. 1910	4	101,10bzG
do. S. XXV unk. 14	4	102,25bzG
do. S. XXVII unk. 15	4	103,00G
do. S. XXVI unk. 14	3¾	100,00G
do. S. XXIV unk. 12	3½	96,75G
do. Kl.-Obl. unk. 08	4	100,00G
do. Com.-Obl. II. b. 10	4	104,00G
do. do. IV unk. 12	3¾	101,75G
do. do. III unk. 12	3½	99,50bzG
Rh.-W.B.-C.S. IX, IXa	4	102,00G
do. S. VI unk. b. 08	3½	96,90G
do. S. X von 1905	4	103,00G
Sächs. Boden-Credit S. III unk. b. 1909	4	103,00G
do. S. IV unk. b. 1910	4	103,00G
do. S. II unk. b. 1908	3½	99,00G
Schwarzbg. Hyp.-B. S. III u. V	4	100,70bzG
do. S. VI unk. b. 12	4	102,20G
do. Ser. I unk. b. 06	3½	98,00G
Westd. Boden-Credit S. II, kündb.	4	101,00G
do. Ser. I	4	100,80G
do. Ser. V, unk. b. 09	4	101,60bzG
do. Ser. VI, unk. b. 10	4	101,90G
do. Ser. VII, uk. b. 13	4	102,60G
do. Ser. III, unk. b. 05	3½	95,80G
do. Ser. IV, unk. b. 07	3½	97,00G
Westpr. ritter. I, IB	3½	99,00G

Bank-Aktien.

Barmer Bank-Verein	6½	138,00bzG
Braunschw. Bank	5⅙	117,00G
Bresl. Wechsl.-Bank	5	110,25bzG
Coburger Kreditbank	4½	97,60G
Danziger Privatbank	6½	128,50bzG
Dtsch.-Asiat. Bank	10	182,75bz
Dtsch. Eff. W. (Hahn)	5	112,75G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	7	153,00bzG
Gothaer Privatbank	6	128,25G
Hamb. Hypoth.-B.	8	167,20bzG
Lübecker Kommerzb.	7	136,25G
Meining. Hypoth.-B.	7	153,00bz
Preuß. Hypoth.-A.-B.	5	123,00G
do. Pfandbriefb.	7	146,10bz
Westdtsch. Bod.-Kr.	6½	144,50B

Deutsche Eisenb.-Prioritäten.

Halb.-Blankb. 1884 c.	3½	95,75bzG
Lüb.-Büchen v. 1902	3½	— —
Magd.-Wittenb. St. A.	3	89,50G
Starg.-Küstr. uk. 1906	3½	96,60G

Deutsche Eisenb. Stamm-Akt.

Eutin-Lübeck	3	91,10G
Liegn.-Rawitsch Lt. B	3½	— —
Niederlausitzer	3½	72,60G
Nordh.-Wernig. Lit. A	4½	93,00bzB

Ausländ. Eisenb. Prioritäten.

Anatol. Bhn. I. kleine	5	103,80bzG
do. Ergänz. kleine	5	103,25G
Centr.-Pac. I Ref. rz. 49	4	— —
do. rz. 29	3½	— —
Kosl.-Woron. v. 1884	4	84,00B
Kronp. Rudolfb. gar.	4	— —
K.-Chark.-As., v. 1889	4	82,90bzG
Kursk.-Kiew	4	91,50bzB
Macedon. Gold-Prior.	3	66,40bzG
do. do. kleine	3	68,70G
Moskau-Kasan	4	85,30bzB
do. Kiew-Wor. uk. 06	4	84,00B
do. Smolensk	4	85,50bz
do. Wind-Ryb. unk. 09	4	82,80bzG
North. Pacific, Gen. L.	3	76,50G
Österr. Frz.-St.-B. alte	3	89,10G
do. do. v. 1874	3	87,40G
do. do. v. 1885	3	86,40G
do. do. v. 1895	3	82,20bzG
do. do. I u. II	5	110,30G
do. do. Gold	4	101,20G
Orel-Griasi-Obl., v. 89	4	82,75bzG
Portg. v. 1889 abg. I. R.	4½	102,20G
Rjäsan-Kozlow	4	85,40bz
do.-Uralsk. v. 98 u. b. 09	4	82,80bzG
Russ. Südostbahn v. 01	4	83,10bz
Russ. Südwestbahn	4	84,30bzB
Rybinsk, unk. b. 1906	4	83,30B
Südösterr. 5% Oblig.	5	106,50bz
do. Gold	4	96,60bzG
Türk. Bagdad-E.-A. I.	4	89,25bzG
Warsch.-W. X., XI. S.	4	92,90bz

Ausländ. Eisenb. Stamm-Akt.

Anatol. Eisenb. volle	5	— —
do. do. 60%	5	131,25G

Industrie-Aktien.

Albert Chem. Werke	18	352,25bz
Alfeld-Gron. Papierf.	9	161,00G
Annaburger Steingut	10	188,30bzG
Archimedes	5	163,50G
Arenberg Bergbau	35	700,00bz
Balcke Tellering & Co.	8	181,00B
Berlin-Charl. Bau	frco	563,00G
Berl. Unionbrauerei	6	116,60G
do. Bock-Br. cv. u. n.	8	143,00bzG
do. Spand. Berg-Br.	7	161,00G
do. Königst. Br.	7	127,10bzG
do. Pfefferberg Br.	14	237,00G
Braunk.- u. Brik.-Ind	12	217,90bz
Breslauer Ölfabrik	4	69,75bz
do. Spritfabrik	15	252,10bzG
Breuer Masch.-Fabr.	6	136,50bz
Caroline b. Offleben	16	350,00B
Charlottb. Wasserw.	15¾	344,00bz
Consol. Marie Br.-W.	4	115,00bzG
Delmenh. Linoleum	15	262,60bz
Deutsche Jute-Spinn.	10	188,00bzG
do. Linol.-Akt. Rixd	11	210,25bz
do. Spiegelglas Ges.	14	260,75bz
Dresdn. Gardin.-F.	12	196,00G
Dürkopp Bielef. M.	28	414,75bzG
Düsseldorfer Eisenh.	0	126,75G
Düsseldorf. Waggonf.	17	294,25bzG
Eckert Maschinen-F.	9	160,75bz
Elberfeld. Farbenf.	30	515,75bz
do. Papierfabrik	20	226,00bzG
Erfurter Strassenb.	7	143,50G
Façon Mannstädt	8	191,50bzG
Falkenst. Gardinen	6	126,50G
Flensburg. Schiffbau	4	190,00G
Freund Masch. conv.	12	323,25G
Fritzsche, Buchbind.	0	— —
Gaggen. Eisenw. V.-A.	6	128,50bzG
Geisenk. Gußstahl	0	114,50bzG
Gerresh. Glashütten	7½	239,40bz
Gladbach. Woll-Ind.	14	172,50bzG
Görlitzer Eisenbbed.	15	318,25bzG
Grevenbroich Masch.	0	94,00bzB
Griesheim. Elektron	12	260,00bzB
Handelsg. f. Grundb.	0	213,60bzG
Hansa, Dampfschiffg.	9	140,90bz
Harb.-Wien. Gummi	12½	279,00bzG
Harkort Bergw.-Ges.	11	162,25bzG
Hedwigshütte	12	205,00bzG
Hein, Lehmann	0	141,60bzG
Herbrand Waggonf.	10	180,60bzB
Hoffmann Stärkef.	12	206,00G
Hofmann Waggon	18	330,00bzG
Hotelbetriebs-Ges.	20	300,00B
Ilse Bergbau	14	371,30G
Körting, Gebr.	8	131,75bzG
Lauchhammer conv.	8	181,50bzG
Linke Wagenbau	12½	295,10bzG
Mgdeb. Bau-u. Kr.-B.	5	93,90G
Magdeburg. Bergw.	28	513,75G
do. do. St.-Prior.	28	513,75G
do. Allg. Gas	7	136,75G
do. Mühlenwerke	6	106,25G
do. Straßenbahn	7	163,00bzG
Massener Bergbau	4	135,75bzG
Mechan. Web. Zittau	8	196,00bzG
Mix & Genest Tel.-F.	7½	142,00bzG
Müller, Speisefett	16	262,00G
Neu-Bellevue i. Liqu.	frco	1520,0bzG
Nordd. Eisw., St.-Akt.	2	81,60bzG
do. do. Vorz.-Akt.	5	96,00bzB
Nordd. Jute-Sp., Lit. A	6	129,00bzG
do. do. Lit. B	2	95,80bzG
Nordsee-Dampffisch.	6	153,75bzG
Nürnbg. Herkulesw.	12	191,50G
Oppelner Zement	13	191,10bzG
Petersb. elekt. B. St.-A.	4	89,10bzG
do. do. Vorz.-Akt.	7	134,10bz
Reichelt Metallschr.	11	208,00bzG
Rhein. Spiegelglas-M.	10	178,50bz
Rh.-Westf. Sprengst.	13	216,20bz
Sächs. Gusst. Döhlen	15	296,25G
Saxonia Zementfabr.	5½	154,50bzB
Schl. Leinw. Kramsta	5,3	132,00G
Schles. Zinkh. St. Pr.	19	422,50G
Schöfferhof Br. Mainz	11	178,00bz
Schöneb.-Fr. Terr.-G.	12	203,50G
Schubert & Salzer	20	340,00bzG
Schwartzkopff Msch.	10½	245,10bzB
Stollwerck, Gb., V.-A.	6	123,00bzG
Strals. Spielk. St.-Pr.	7	129,00G
Terr.-Ges. Halensee	frco	2800,0G
V. Chem. Werk. Charl.	12	212,90G
Ver. Dampf-Ziegelei	15	152,00bzG
V. Köln-Rottw. Pulv.	16	263,25bzG
V. Stahlw. Zyp. u. Wis.	10	197,00bzG
Voigtl. Masch. St.-Akt.	9	188,30bz
do. do. Vorz.-A	9	188,00bzB
Westfäl. Kupfer	6	138,00bzB
Westl. Boden-Ges.	4	126,00G
Wellwaren Merkur	16	219,25G

Obligationen von Industrie-Gesellschaften.

Akt.-Ges. f. Anil. Fabr.	4	104,60G
do. do.	4½	103,60G
Allgem. Elektr.-Ges.	4	100,60G
do. do.	4	101,60G
Anhalt. Kohlenwerke	4	99,10G
Berl. Elektr.-Werke	4	102,00bzG
do. do. unk. 06	4½	100,00G
do. do. unk. 08	4½	102,00bz
Bismarckhütte	4½	102,20G
Braunschw. Kohlen	4½	— —
Buderus Eisenwerke	4	102,50bzG
Burbach Gewerksch.	5	104,25G
Charlott. Wasserw.	4	101,10B
Continentale do.	4½	103,00bzG
Dannenbaum	4	— —
Dessauer Gas	4½	106,50G
do. 1892	4½	106,50G
do. 1898	4	103,90bzB
Deutsch-Atl. Tel.-Ges.	4	100,60bz
Dtsch. Bierbrauerei	4½	103,40B
do. Kabelwerke	4½	103,00G
Donnersmarckhütte	4½	97,10G
Dortmund. Union	5	111,30G
do. do.	5	103,25bzB
do. do.	4	99,40G
Elektr. Lief.-Ges.	4½	105,20G
do. Licht- u. Kraft	4½	104,20G
do. do. unk. 10	4½	105,25G
Gelsenkirch. Bergw.	4	101,30G
Georg-Mar. Bergw.	4½	103,00bzG
do. do.	4	100,20G
Ges. f. Elektr. Untern.	4	100,00bzG
do. do.	4½	103,30bz
Gewerksch. D. Kaiser	4	100,00bz
do. unk. 10	4	100,50bzG
Hamb.-Amerik. Pakf.	4	101,60B
do. do.	4½	103,60bzB
Harpener conv. 1892	4	100,60G
do. unk. 07	4	100,90G
Hartm. Maschinen	4½	105,10G
Helios, elektr.	2½	81,70bzG
Hibernia 1903	4	101,90B
Höchster Farbw.	4½	103,75G
Hohenfels Gew.	5	104,80G
Gebr. Körting	4½	102,90G
Krupp Gussstahl	4	103,25bzB
Laurahütte	4	101,60G
Ludw. Löwe & Co.	4	100,40B
Naphtha Gold-Anl.	4½	98,40G
Neue Bod-Ges.	4	100,30bz
do. do.	3½	95,10G
Norddeutsch. Lloyd	4½	102,00bz
do. do.	4	101,00B
do. 1902	4	101,00B
Oberschl. Eisenb.-B.	4	102,30G
do. Eisen-Ind.	4	99,70G
Rombacher Hüttenw.	4½	104,40B
Rybnicker Steink.	4½	102,10G
Schalker Gruben	4	101,00G
do. do. 1898	4	102,00bzG
do. do. 1899	4	100,70G
do. do. 1903	4	100,60B
Schuckert Elektr.	4	100,00bz
do. do.	4½	102,40bz
Siemens & Halske	4	102,40bz
Union Elektr.	4½	103,00bzB
Zeitzer Maschinen	4½	104,00G

Leipziger Börse,

20. Februar 1906.

Deutsche Fonds.

Sächs. St.-Anl. v. 1855	3	93,60G
do. do. 1852-68 cv.	3½	100,00G
Altenb. Stadt-Anl. v. 1899, I u. II	4	104,50G
Chemnitz. St.-Anl. 89	3½	99,40B
do. do. 1902 unk. 07	3½	99,50B
do. do. 1874 conv.	3½	99,50B
do. do. 1879 conv.	3½	99,50B
Dresd. St.-A. 1900 abg.	3½	99,50G
do. do. 1900	4	103,60G
Gera. do. v. 1887	3½	98,40G
do. do. v. 1903	3½	98,60G
Leipz. do. 1865 Th.-A.	3	95,50G
do. do. 1897 Ser. I	3	87,60G
do. do. 1876/84 u. 87	3½	99,70B
do. 1890 (S. II v. 87)	3½	99,70B
do. 1897 Ser. II A	3½	99,70B
Plauen i. V. St.-A. 1888	3½	99,20G
do. 1892 Ser. II	3½	99,20G
do. St.-Anl. 1897	3½	99,20G
do. do. 1903	3½	99,20G
do. do. 1892	4	103,60G
do. 1897 Ser. II	4	103,60G
Riesa St.-Anl. 1891-98	3½	99,10G
Wurzen do. 1893-1902	3½	99,00G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aussig-Teplitz 500 fl.	8	233,00G
Böhm. Nordbahn	5	124,00G
Buschtiehrad. Lit. A	12 8/21	306,00B
do. Lit. B	12	283,25G
Graz-Köflach	5	116,50G
Prag-Dux Pr.-Akt.	4	99,00G

Ausländ. Eisenb.-Prior.-Obl.

Aussig-Tepl. 96 Gold	3½	94,70B
Böhm. Nordbahn 1903	3½	94,30G
do. 1882 Gold	4	101,30G
Buschtiehr. 1896 stfr.	4	101,10B
Dux-Bodenb. 93 stfr.	3	81,70G
do. 1891 (stfr.) Silber	4	99,90G
do. do. Gold	4	— —
do. Em. I 1869	5	110,00G
do. Em. II 1871	5	110,00G
do. Em. III 1874 Gold	5	109,75G
Graz-Köfl. Em. IV 78	2	73,50G
do. Em. 1902	4	99,70G

Pfandbriefe.

Erbl. Rittersch. Kr.-V.	3	90,10G
do. do.	3½	99,20G
Landst. Bank Bautzen	3½	100,00G
Leipz. H.-B. u. Anl.-S. S. E unk. b. 1906	3½	97,90G
do. S. VII do. 1908	3½	97,90G
do. S. X do. 1913	3½	97,90G
do. S. B u. C	4	103,00G
do. S. D.	4	102,90G
do. S. F unk. b. 1906	4	102,90G
do. S. VIII do. 1908	4	102,90G
do. Pfdb. S. IX uk. 10	4	102,50G

Bank-Aktien.

Bank f. Grundb. Lpz.	8½	137,50bzG
Leipz. Baubank	5⅓	108,00G
do. Immob.-Ges.	9	175,75G
Löbauer Bank	6	114,50G
Oberlausitzer Bank	7	— —
Sächsische Bank	6	132,00bz
do. Bodenkreditanst.	7	146,00G
Vogtländ. Bk. Plauen	10	200,50G
Zwickauer Bank	6	— —
Hrzl. Altenb. Landesbank-Obligat.	3½	100,25G
do. do. do. S. IV	3½	100,25G
Baubank f. Dresden, Hyp.-Oblig. (gar.)	3½	97,50G

Industrie-Aktien.

Altenb. Akt.-Brauerei	9	172,25G
Cröllwitz. Papierfab	15	— —
D. Spitzenfab. Lpz.-L	18	277,00B
Gera. Jutespinn. Lit. A	24	340,00B
do. do. Lit. B	18	270,50G
Germania M.-F. Chem.	0	107,50B
Glauziger Zuckerfab.	2	119,00B
Gohlis Bierbr., St.-A.	6	130,00B
do. do. Prior.-A.	6	130,00B
Golzern M.-F., St.-A.	6	130,00G
Körbisdorf. Zuckerf.	9½	136,00B
Leipzig. Vereinsbr.	15	— —
Malzfabr. Schkeuditz	7	— —
Schönh. Sächs. Webst.	14	256,75G
Fr. Schulz jr., Leipzig	21	330,50bzG
Stöhr & Co., Kammg.	5	163,75G
Thüringer Gasges.	15	299,50G
Tittel & Krüger	2	119,00bz
Wernshs. Kammg. abg. St.-A.	7	114,50G
Wernshs. Kammg. Vorz.-A.	9	133,00G

Obligat. von Industrie-Ges. u. Gewerkschaften.

Altenb. Akt.-Brauerei	4	103,00G
Cröllwitz. Papierfab.	4	101,00G
Dampfbr. Zwenkau	4½	102,50G
Gr.-Leipz. Strassenb.	4	102,70G
Leipz. Baumw.-Sp.	4½	103,00G
do. Centraltheater	5	85,50G
do. Elekt. Strassenb.	4	101,50G
do. Kammgarn-Sp.	4	101,25G
Malzfabr. Schkeuditz	4	102,00G
Mansf. Gewksch. 67 cv.	4	101,75G
do. do. 1875/79 cv.	4	101,60G
do. do. 1882	4	101,60G
do. do. 1893	4	101,40G
do. do. 1897	4	101,60G
do. do. 1902	4	103,25G
Stöhr & Co., Leipzig	4½	102,75G
Tittel & Krüger	4	99,50G
Zeitzer Par. u. Sol.	—	101,00G
Naumburg. Braunk.	4	101,30G

Kohlen-Aktien u. Prioritäten.

		M p. St.
Erzgeb. Steink.-A.-V.	45	1092,0G
Gersd. Stkb.-V., St.-A.	13,50	392,00G
do. do. Pr.-A. I	48	855,00B
do. do. do. II	46,50	775,00G
Kaisergrube b. Gersdorf, St.-A.	6	312,00B
do. do. Pr.-A. I	21	— —
Oberhohnd.-Forst	0	10,00B
do. Schader	10	152,00G
Zwick.-Oberhohnd.	300	4000,0G
Zwick. St.-Vereinsgl.	120	1370,0B
Friedensgr. Meuselw.	36	896,00G
Prehlitz. Braunk. Ges.	15	365,00G
do. do. Pr.-A.	45	870,00G
Vereinsgl. in Meuselwitz, St.-A.	98	1475,0G
do. do. Prior.-Akt.	108	1770,0G

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060221017/fragment/page=0004